

Wintergrundlinien 2014



Bericht von Ferdinand Fichtner, Guido Baldi, Franziska Bremus, Karl Brenke, Christian Dreger, Hella Engerer, Christoph Große Steffen, Simon Junker, Claus Michelsen, Katharina Pijnenburg, Maximilian Podstawski, Malte Rieth und Kristina van Deuverden

Deutsche Wirtschaft überwindet Schwächephase 1295

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland 1306

Interview mit Ferdinand Fichtner

»Kräftige Binnennachfrage und guter Arbeitsmarkt stützen Wachstum« 1309

Bericht von Kristina van Deuverden

Finanzpolitik: Handlungsbedarf erkennen – Maßnahmen ergreifen! 1310

Am aktuellen Rand Kommentar von Karl Brenke

Frankreich und Italien: Arbeitsmarktreformen allein helfen kaum weiter 1320



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
81. Jahrgang
17. Dezember 2014



Der DIW Wochenbericht wirft einen unabhängigen Blick auf die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland und der Welt. Er richtet sich an die Medien sowie an Führungskräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Wenn Sie sich für ein Abonnement interessieren, können Sie zwischen den folgenden Optionen wählen:

Standard-Abo: 179,90 Euro im Jahr (inkl. MwSt. und Versand).

Studenten-Abo: 49,90 Euro.

Probe-Abo: 14,90 Euro für sechs Hefte.

Bestellungen richten Sie bitte an leserservice@diw.de oder den DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg; Tel. (01806) 14 00 50 25, 20 Cent/Anruf aus dem dt. Festnetz, 60 Cent maximal/Anruf aus dem Mobilnetz. Abbestellungen von Abonnements spätestens sechs Wochen vor Laufzeitende

NEWSLETTER DES DIW BERLIN

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Kati Krähnert
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Andreas Harasser
Sebastian Kollmann
Dr. Claudia Lambert
Marie Kristin Marten
Dr. Anika Rasner
Dr. WolfPeter Schill

Lektorat

Dr. Stefan Bach
Karl Brenke

Textdokumentation

Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an die Serviceabteilung Kommunikation des DIW Berlin (kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.



Der DIW Newsletter liefert Ihnen wöchentlich auf Ihre Interessen zugeschnittene Informationen zu Forschungsergebnissen, Publikationen, Nachrichten und Veranstaltungen des Instituts: Wählen Sie bei der Anmeldung die Themen und Formate aus, die Sie interessieren. Ihre Auswahl können Sie jederzeit ändern, oder den Newsletter abbestellen. Nutzen Sie hierfür bitte den entsprechenden Link am Ende des Newsletters.

>> Hier Newsletter des DIW Berlin abonnieren: www.diw.de/newsletter

RÜCKBLLENDE: IM WOCHENBERICHT VOR 50 JAHREN

Zur Frage des Anlagenbedarfs je Arbeitsplatz in der westdeutschen Industrie

Das 1960 erstmals publizierte industriestatistische Tabellenwerk „Produktionsvolumen und Produktionsfaktoren der Industrie im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland“ wurde durch methodisch und statistisch aktualisierte und erweiterte Neu-Auflagen ersetzt. Eine laufende Ergänzung ist vorgesehen.

Das Tabellenwerk gibt unter anderem Einblick in den – sehr unterschiedlichen – Grad und die Entwicklung der Anlagekapital-Ausstattung in den verschiedenen Sektoren der westdeutschen Industrie, gemessen an Anlageinvestition (nominal und real), Investitionsintensität, Bildung von Anlagevermögen, Kapitalkoeffizient, Beziehung zwischen Anlagevermögen und Energieverbrauch und Kapitalintensität.

Als „Kapitalintensität“ wird hier verstanden der Quotient aus Brutto-Anlagevermögen und Beschäftigtenzahl. Er stellt die Relation zwischen dem durchschnittlichen Brutto-Anlagevermögen eines Jahres und der durchschnittlichen Zahl der besetzten Arbeitsplätze während eines Jahres in den einzelnen Industriezweigen dar. Die Grundtabelle (Übersicht 105 der Kennziffernbände) sei hier dargestellt. Sie wird dort ergänzt um eine Entwicklungs-Übersicht und eine Übersicht der jährlichen Veränderungsdaten.

Zuweilen wird diese Betrachtungsweise in der Wirtschaft herangezogen, um einen Näherungswert für den durchschnittlichen Anlagenbedarf je Arbeitsplatz in einer Branche zu finden, doch begegnet die Verwendung der Kapitalintensitäts-Werte für Bedarfs-Untersuchungen einigen Hindernissen.

aus dem Wochenbericht Nr. 51/52 vom 23. Dezember 1964

Deutsche Wirtschaft überwindet Schwächephase

Von Ferdinand Fichtner, Guido Baldi, Franziska Bremus, Karl Brenke, Christian Dreger, Hella Engerer, Christoph Große Steffen, Simon Junker, Claus Michelsen, Katharina Pijnenburg, Maximilian Podstawski, Malte Rieth und Kristina van Deuverden

Die deutsche Wirtschaft hat nach einem schwachen Sommerhalbjahr wieder einen stabilen Aufwärtskurs eingeschlagen. Im laufenden Jahr wird das Bruttoinlandsprodukt um insgesamt 1,5 Prozent zunehmen. Die Produktion dürfte im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums relativ stetig steigen, sodass für das kommende Jahr ein Wachstum von 1,4 Prozent und für das Jahr 2016 von 1,7 Prozent zu erwarten ist.

Das Expansionstempo der Weltwirtschaft hat sich im dritten Quartal leicht beschleunigt. Vor allem in den Industrieländern wird sich im Prognosezeitraum die allmählich bessere Situation auf dem Arbeitsmarkt in steigenden Löhnen niederschlagen. Zusammen mit weiterhin niedrigen Energiepreisen dürfte dies die Kaufkraft und damit den privaten Verbrauch sowie die Investitionen stützen. Die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate wird im Jahr 2015 bei 3,8 Prozent und im darauffolgenden Jahr bei 3,9 Prozent liegen. Die Teuerung liegt in beiden Jahren zwischen moderaten zwei und drei Prozent.

Die Konjunktur in Deutschland wird von der Auslandsnachfrage gestützt, die auch den Investitionen im weiteren Verlauf Impulse verleiht. Vor allem der private Konsum entwickelt sich kräftig; die anhaltend gute Lage auf dem Arbeitsmarkt und hohe Lohnsteigerungen, aber auch kräftige Zuwächse bei den Sozialleistungen, tragen hierzu bei. Hinzu kommen die sinkenden Energiepreise, die die Kaufkraft erheblich stärken, aber auch die Gewinne der Unternehmen anschieben.

Leichte Beschleunigung der Weltwirtschaft

Nach einem schwachen ersten Halbjahr beschleunigte sich das Expansionstempo sowohl in den Industrie- als auch in den Schwellenländern im dritten Quartal leicht (Abbildung 1). Im Prognosezeitraum dürfte das Wachstum der Weltwirtschaft etwas steigen (Tabelle 1). Vor allem in den Industrieländern wird sich im weiteren Verlauf die allmählich bessere Situation auf dem Arbeitsmarkt in steigenden Löhnen niederschlagen. Zusammen mit weiterhin niedrigen Energiepreisen, die sich auch in geringen Inflationsraten widerspiegeln, dürfte dies die Kaufkraft und damit den privaten Verbrauch stützen. Die anziehende Konjunktur dürfte im weiteren Verlauf die Investitionstätigkeit der Unternehmen anregen. Alles in allem dürfte die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate in diesem Jahr bei 3,4 Prozent, im Jahr 2015 bei 3,8 Prozent und im darauffolgenden Jahr bei 3,9 Prozent liegen. Die Teuerung verharrt bei unter drei Prozent in allen Jahren.

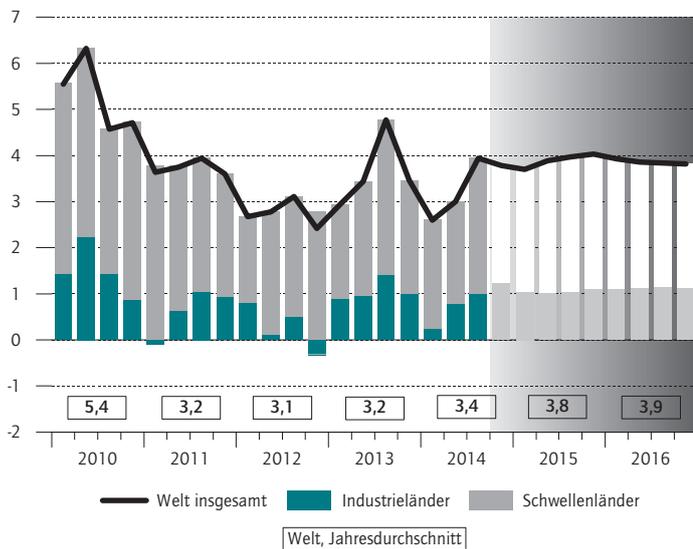
Die geldpolitische Ausrichtung bleibt global weiterhin expansiv. Die bislang umgesetzten und bereits angekündigten unterstützenden Maßnahmen der Europäischen Zentralbank dürften der Konjunktur Impulse verleihen. In Japan wurden ebenfalls zusätzliche akkommodierende Maßnahmen beschlossen, in China wurden die Leitzinsen jüngst gesenkt. In den USA und im Vereinigten Königreich dürften die Notenbanken ihre Politik zwar weniger expansiv ausrichten – allerdings nur langsam, auch aufgrund der gesunkenen Energiepreise. Die Finanzpolitik wird vor allem in den Industrieländern über den Prognosezeitraum weniger restriktiv ausgerichtet sein als in den vergangenen Jahren.

Ein Risiko für die Prognose besteht in einer Verschärfung der Krise um Russland und die Ukraine; dies könnte zu erneut steigender Unsicherheit bei Unternehmen führen und sich auf deren Investitionstätigkeit auswirken. Ein weiteres Risiko besteht in einer früheren oder stärker als hier angenommenen Erhöhung der amerikanischen Leitzinsen. Dies könnte einen plötzlichen An-

Abbildung 1

Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts

In Prozent, Prozentpunkten



Quellen: Nationale statistische Ämter; Berechnungen und Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Die Weltwirtschaft hat zuletzt angezogen und dürfte sich auch im Prognosezeitraum kräftig entwickeln.

stieg der Renditen in den USA und einen darauf folgenden Kapitalabfluss aus den Schwellenländern nach sich ziehen. Ein weiteres Risiko für die Weltkonjunktur besteht in einer unerwartet starken Erholung des Ölpreises. Zudem ist das Risiko eines Wiederaufflammens der Krise im Euroraum wegen politischer Unstimmigkeiten über die Fortsetzung des Reformkurses gestiegen.

Weltwirtschaftliches Umfeld

In den Vereinigten Staaten hat das Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal des Jahres 2014 kräftig um annualisiert 3,9 Prozent zugelegt. Neben höheren privaten Investitionen und Konsumausgaben hat hierzu ein hoher Anstieg von Staatsausgaben im Rüstungsbereich beigetragen. Auch nach dem Wegfall dieses Sondereffektes wird die US-Wirtschaft deutlich zulegen. Wachstumstreiber ist insbesondere der private Konsum, der durch die allmähliche Erholung am Arbeitsmarkt gestützt wird. Die Arbeitslosenquote ist innerhalb eines Jahres um mehr als einen Prozentpunkt zurückgegangen und lag im November bei 5,8 Prozent. Im Zuge der Verbesserung der Lage am Arbeitsmarkt weisen die real verfügbaren Einkommen einen leichten Aufwärtstrend auf und stützen den privaten Konsum. Auch die moderate Erholung des Wohnungsbaus dürfte weiter voran-

schreiten. Die Unternehmensinvestitionen werden in diesem insgesamt günstigen konjunkturellen Umfeld wohl kräftig steigen. Alles in allem dürfte die US-Wirtschaft in diesem Jahr um 2,3 Prozent zulegen. In den beiden kommenden Jahren wird die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts bei etwa drei Prozent liegen.

In Japan ist die Wirtschaft im dritten Quartal um 0,4 Prozent geschrumpft und damit in die Rezession gerutscht; hierzu hat die Erhöhung der Verbrauchssteuer im April wesentlich beigetragen. Während sich der private Verbrauch nach einem Einbruch im zweiten Quartal zwar stabilisieren konnte, setzte sich bei den Investitionen, insbesondere im Wohnungsbau, der Rückgang fort, wenngleich mit geringeren Raten. Die zweite Stufe der Steuererhöhung auf zehn Prozent wurde auf das Jahr 2017 verschoben; die Finanzpolitik ist insgesamt expansiv ausgerichtet. Auch deswegen dürfte sich im weiteren Verlauf der Konsum allmählich erholen, der zudem von der weiterhin guten Lage am Arbeitsmarkt gestützt wird. Auch der Außenhandel wird aufgrund des schwachen Yen etwas zur Expansion beitragen. Nach einem geringen Wachstum in diesem Jahr dürfte die Zuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts 2015 bei 1,3 Prozent liegen, 2016 werden es 1,6 Prozent sein.

In China konnte das Expansionstempo des Vorquartals im dritten Quartal mit 1,9 Prozent gehalten werden. Vor allem steigende Konsum- und Investitionsausgaben haben zum Wachstum beigetragen. Während die Ausfuhren zuletzt stagnierten, sind die Einfuhren gesunken. Um einer möglichen Abkühlung der Konjunktur vorzubeugen, hatte die Notenbank zuletzt expansive Maßnahmen ergriffen. Dennoch dürfte die inländische Nachfrage in den kommenden Quartalen schwach bleiben. Darauf deuten etwa die Einkaufsmanagerindizes hin, die sich zuletzt nur knapp über der Expansionsschwelle halten konnten. Aufgrund der geringen Importe, bei relativ stabiler Exportnachfrage, dürfte der Außenhandel hingegen das Wachstum stützen. Insgesamt wird die Produktion in diesem wie in den kommenden Jahren um gut sieben Prozent steigen.

Europäische Wirtschaft

In Europa ist vor allem die Wirtschaftsleistung im Vereinigten Königreich kräftig gewachsen. Hingegen stagnierte die Produktion im Euroraum nahezu. Die russische Wirtschaftsleistung blieb annähernd unverändert – wohl auch in Folge der internationalen Sanktionen und gesunkener Rohstoffpreise. Die wirtschaftliche Entwicklung der anderen mittel- und osteuropäischen Staaten wurde davon aber kaum beeinträchtigt.

Im Euroraum legte das Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal um lediglich 0,2 Prozent zu (Abbildung 2).

Tabelle 1

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Weltwirtschaft

In Prozent

	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote in Prozent			
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent											
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Euroraum	-0,4	0,8	0,9	1,4	1,3	0,4	0,4	0,9	12,0	11,5	11,4	11,0
Frankreich	0,4	0,4	0,6	1,1	0,9	0,5	0,2	0,7	10,3	10,3	10,4	10,3
Italien	-1,9	-0,4	0,0	0,6	1,3	0,1	0,1	0,7	12,2	12,7	12,9	12,8
Spanien	-1,2	1,3	1,8	2,0	1,4	-0,1	0,0	0,7	26,1	24,6	23,4	22,1
Niederlande	-0,7	0,7	1,4	1,9	2,6	0,4	0,2	0,5	6,7	6,8	6,4	6,2
Vereinigtes Königreich	1,7	3,0	2,5	2,2	2,6	1,5	1,4	1,7	7,5	6,2	5,6	5,3
USA	2,2	2,3	3,1	3,0	1,5	1,8	2,0	2,2	7,4	6,2	5,6	5,2
Japan	1,6	0,3	1,3	1,6	0,4	2,8	0,8	0,3	4,0	3,7	3,8	3,8
Südkorea	3,0	3,5	3,7	3,5	1,3	1,4	1,3	1,7	3,1	3,4	3,0	3,0
Mittel- und Osteuropa	2,5	3,0	2,7	3,7	4,2	4,0	4,1	4,1	9,6	9,1	9,0	8,7
Russland	1,4	0,1	0,3	1,7	6,7	7,4	6,5	6,1	5,5	5,2	5,5	5,4
China	7,7	7,4	7,2	7,1	2,6	-0,4	1,4	2,7	3,9	3,8	3,8	3,8
Indien	4,7	5,9	6,4	5,5	4,7	6,0	6,1	6,8	-	-	-	-
Brasilien	2,5	0,1	1,4	1,7	6,2	6,3	5,1	5,0	5,4	5,1	5,1	5,1
Mexiko	1,7	2,2	3,8	3,4	3,8	4,0	3,3	3,2	4,9	4,9	4,8	4,8
Industrieländer	1,3	1,7	2,2	2,3	1,3	1,5	1,3	1,5	8,2	7,4	7,0	6,7
Schwellenländer	5,1	5,1	5,3	5,4	3,9	2,9	3,6	4,3	5,1	4,9	4,9	4,8
Welt	3,2	3,4	3,8	3,9	2,6	2,2	2,4	2,9	6,6	6,2	6,0	5,8

Quellen: Nationale statistische Ämter; Berechnungen und Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Für die Weltwirtschaft ist in den Jahren 2015 und 2016 mit einer sich festigenden Wirtschaftsentwicklung zu rechnen.

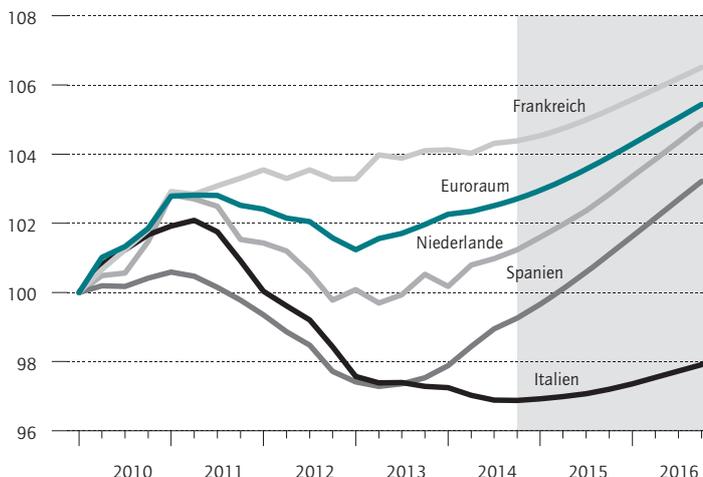
Wie im Vorquartal war vor allem die Nachfrage nach Investitionsgütern schwach, wohl auch wegen der geopolitischen Risiken. Allerdings haben sich die Exporte insgesamt positiv entwickelt. Dabei legten sie in Italien und Frankreich weniger zu als in Spanien und in den Niederlanden, die zum einen wettbewerbsfähiger sind und zum anderen einen größeren Teil ihrer Ausfuhren in Abnehmerländer exportieren, die sich, wie etwa das Vereinigte Königreich, zuletzt kräftiger entwickelt haben.

Im Winterhalbjahr dürfte sich der Euroraum weiterhin heterogen entwickeln. Der Rückgang der Auftragseingänge in Frankreich und Italien deutet darauf hin, dass weder die Investitionen anziehen werden noch die Dynamik der Exporte zunimmt. Außerdem dämpft in beiden Ländern die rückläufige Beschäftigung den Konsum, auch wenn in Frankreich Steuererleichterungen für Geringverdiener den Verbrauch leicht stützen dürften. Die spanischen und niederländischen Auftragsbücher hingegen zeigen ein deutliches Plus. Die Beschäftigung steigt in Spanien weiter an, und auch in den Niederlanden dürfte die Talsohle am Arbeitsmarkt durchschritten sein. Darüber hinaus setzt sich die Erholung der Immobilienpreise fort; beides dürfte den privaten Verbrauch im weiteren Verlauf stützen.

Abbildung 2

Reales Bruttoinlandsprodukt in Europa

Index 1. Quartal 2010 = 100



Quelle: Eurostat.

© DIW Berlin 2014

Im Euroraum kam die Produktion im dritten Quartal kaum von der Stelle.

Die Investitionen im Euroraum insgesamt dürften im Prognosezeitraum leicht anziehen. Dies liegt an der dynamischen Entwicklung einiger Handelspartner, die für eine kräftigere Steigerung der Exporte sorgen wird. Hinzu kommt, dass in Frankreich im Jahr 2015 und in größerem Umfang im Jahr 2016 Steuer- und Abgabeneinstellungen wirksam werden. Für Italien ist wegen der sehr schwachen Kapazitätsauslastung erst gegen Ende des Prognosezeitraums eine leichte Zunahme der Investitionen zu erwarten.

In diesem Jahr dürfte die Wirtschaft im Euroraum um 0,8 Prozent gewachsen sein. Für die kommenden zwei Jahre ist mit einem Wachstum von 0,9 und 1,4 Prozent zu rechnen.

Im Vereinigten Königreich setzt sich das kräftige Wirtschaftswachstum fort. Die Binnenkonjunktur wird derzeit durch anhaltende Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt gestützt. Mit zunehmender Beschäftigung dürften die verfügbaren Einkommen im Prognosezeitraum zulegen, wenngleich pro Kopf nur geringe Lohnzuwächse zu erwarten sind. Auch die niedrige Inflation von 1,3 Prozent im Oktober stützt die Kaufkraft der Haushalte. Die für das Frühjahr zu erwartende Anhebung der Leitzinsen dürfte die Expansion der Konsumausgaben etwas bremsen, da die Rückzahlung der Schulden für die privaten Haushalte höhere Priorität erhalten wird. Die weniger expansive Geldpolitik dürfte auch die Investitionstätigkeit leicht dämpfen; allerdings legen die Einkaufsmanagerindizes sowie die hohe Kapazitätsauslastung derzeit einen anhaltend positiven Beitrag der Investitionen zum Wirtschaftswachstum nahe. Das außenwirtschaftliche Umfeld bleibt durchwachsen; zusätzliche Impulse vom Außenhandel sind nicht zu erwarten. Im laufenden Jahr wird die Wirtschaftsleistung um insgesamt drei Prozent steigen; im Jahr 2015 dürften noch zweieinhalb Prozent erreicht werden, während sich das Tempo im darauffolgenden Jahr mit gut zwei Prozent allmählich abschwächt.

In Russland wirken sich der fallende Ölpreis, die Sanktionen¹ sowie das russische Importverbot für einige Nahrungsmittel² spürbar auf die Wirtschaftsleistung aus, die im dritten Quartal erneut stagnierte. In den ersten neun Monaten des Jahres 2014 waren die Investitionen im Vergleich zur Vorjahresperiode rückläufig. Die im

gleichen Zeitraum geringe Zunahme der Einzelhandelsumsätze deutet auf eine nur geringe Steigerung des privaten Konsums hin. Zwar steigt der Handelsbilanzüberschuss; dies liegt aber in erster Linie an den schwachen Importen. Bei den unter das Importverbot fallenden Nahrungsmitteln kam es zu starken Preissteigerungen; insgesamt ist die Inflationsrate bis Dezember auf über neun Prozent gestiegen. Dies dürfte den privaten Konsum auch weiterhin dämpfen. Die Investitionstätigkeit wird sich zunächst nicht erholen. So hat die Zentralbank den Leitzins mittlerweile auf 17 Prozent erhöht. In bestimmten Branchen beschränken zudem die Sanktionen den Import von Investitionsgütern oder erschweren deren Finanzierung. Auch der Kapitalexport hält an, wenngleich der Abzug von Finanzmitteln im zweiten und dritten Quartal geringer war als während der Krimkrise im ersten Vierteljahr. Angesichts der drastischen Abwertung des Rubels – dieser hatte seit Jahresbeginn gegenüber dem Euro ein Viertel und gegenüber dem Dollar ein Drittel seines Wertes verloren – hatte die Zentralbank am 10. November zwar den Kurs des Rubels freigegeben; auf Kursverluste regierte sie Anfang Dezember indes mit Interventionen auf dem Devisenmarkt und den Leitzinserhöhungen. Hierdurch konnte ein weiterer Kursrückgang nicht verhindert werden. Aufgrund der abwertungsbedingten Verteuerung von Importgütern, der Sanktionen und des Importverbots werden sich die Einfuhren weiterhin nur schwach entwickeln. Die Produktion dürfte mit 0,3 Prozent im kommenden Jahr geringfügig und im darauffolgenden Jahr mit 1,7 Prozent deutlich stärker wachsen.³

Die Entwicklung der mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften der EU hat der russisch-ukrainische Konflikt offenbar nur wenig beeinträchtigt; deren Wachstumsraten lagen im dritten Quartal erneut über dem Durchschnitt der EU. Die Arbeitslosenquote ist in allen mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten der EU zuletzt gesunken. Angesichts der geringen Teuerungsrate steigen die Realeinkommen vielfach. Dies dürfte den privaten Konsum auch weiterhin stützen. Die Zinssätze in der Region sind niedrig; die polnische und rumänische Zentralbank haben den Leitzins im Herbst weiter gesenkt. Die niedrigen Zinsen stützen die Investitionstätigkeit. Im Prognosezeitraum dürfte das Wachstum vor allem von der Inlandsnachfrage getragen werden, während aufgrund der eher langsamen Erholung im Euroraum und der ungünstigen Entwicklung der russischen Wirtschaft nur geringe Impulse vom Außenhandel zu erwarten sind.

¹ Vgl. zu den Sanktionen gegenüber Russland [Germany Trade & Invest, www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/Trade/Maerkte/Specials/russland-sanktionen.html](http://www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/Trade/Maerkte/Specials/russland-sanktionen.html).

² Das Importverbot gilt für die Einfuhr bestimmter Nahrungsmittel aus der Europäischen Union, den USA, Kanada, Australien und Norwegen und ist zunächst auf ein Jahr begrenzt. Vom Importverbot betroffen sind Fleisch, Fisch, Milch und Milchprodukte, Gemüse, Früchte und Nüsse, Wurstwaren, fertige Erzeugnisse und Milchprodukte auf Basis pflanzlicher Fette. Ausgenommen wurden Babynahrung und Genussmittel. Die Liste der vom Importverbot befreiten Waren wurde am 20. August etwas erweitert.

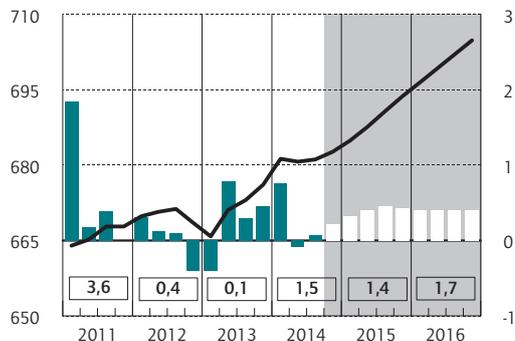
³ Die hier vorgelegte Prognose für Russland wurde am 11. Dezember 2014 abgeschlossen. Die weitere drastische Abwertung des Rubels in den darauffolgenden Tagen sowie die deutliche Leitzinserhöhung durch die russische Notenbank am 16. Dezember 2014 wurden nicht mehr für die Prognose berücksichtigt.

Abbildung 3

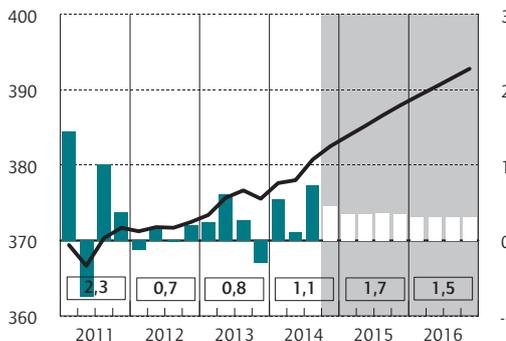
Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

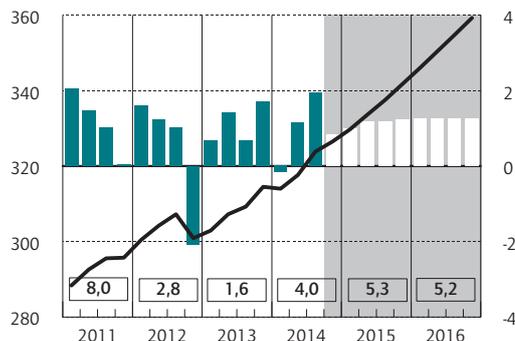
Bruttoinlandsprodukt



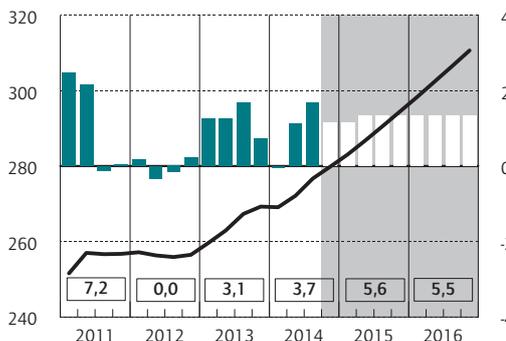
Konsumausgaben der privaten Haushalte



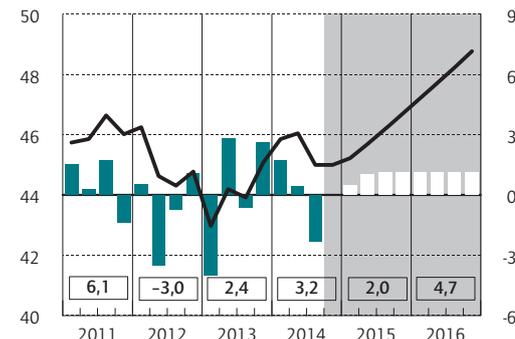
Exporte



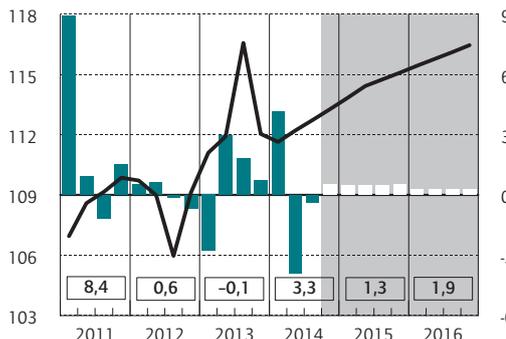
Importe



Ausrüstungsinvestitionen



Bauinvestitionen



— Verkettete Volumenangaben in Milliarden Euro (linke Skala)
 ■ Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent (rechte Skala)
 □ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (Ursprungswerte)

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin, Prognose ab dem vierten Quartal 2014.

© DIW Berlin 2014

Deutsche Konjunktur zieht an

Die deutsche Wirtschaft ist wieder auf einen Aufwärtstrend eingeschwenkt. Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und die kräftigen Exporte sorgen für eine insge-

samt günstige Grunddynamik. Im Sommerhalbjahr hatte die Wirtschaftsleistung stagniert. Dem war ein leichter Rückgang der Exporte zu Jahresbeginn vorangegangen, der die Unternehmen wohl dazu veranlasst hatte, die Absatzerwartungen bezüglich der Schwel-

lenländer und des Euroraums zu senken. Hierzu hat wohl auch die im Zuge der geopolitischen Krisen vorübergehend erhöhte Unsicherheit beigetragen. Ein entsprechender Rückgang der Investitionen im Euroraum spiegelte sich in niedrigeren Investitionsgüterexporten in diese Region wider. In der Folge stagnierten die privaten Ausrüstungsinvestitionen in Deutschland, zuletzt gingen sie sogar zurück (Abbildung 3). Der Aufwärtstrend bei den Bauinvestitionen dürfte im Jahresverlauf 2014 lediglich durch Witterungseffekte überlagert worden sein. Gestützt vom anhaltenden Beschäftigungsaufbau und der insgesamt günstigen Einkommensent-

wicklung hat der private Verbrauch maßgeblich zum Wachstum beigetragen. Die Industrieproduktion stagnierte zwar zum Auftakt des Schlussquartals; die gesamtwirtschaftliche Produktion dürfte jedoch bereits leicht ausgeweitet werden.

Im weiteren Verlauf wird die Wirtschaft wohl mehr Fahrt aufnehmen. Der Beschäftigungsaufbau hält an, wenngleich er etwas an Tempo verlieren dürfte; unterstellt wird, dass er durch die Einführung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns in der ersten Hälfte des Jahres 2015 vorübergehend unterbrochen wird. Auch ohne den Mindestlohn bleiben die Lohnanstiege kräftig. Die verfügbaren Einkommen insgesamt dürften im kommenden Jahr ebenfalls spürbar steigen; unter anderem tragen hierzu die Leistungsausweitungen in der Rentenversicherung bei. Alles in allem dürfte der private Verbrauch das Wachstum ankurbeln, nicht zuletzt, weil die reale Kaufkraft durch den geringen Preisauftrieb zusätzlich angeschoben wird. Die Inflation ist im Prognosezeitraum vor allem deswegen niedrig, weil die Ölpreise im Jahr 2014 eingebrochen sind; dies macht sich insbesondere im kommenden Jahr bemerkbar. Die Exporte steigen merklich und werden im späteren Verlauf etwas an Tempo gewinnen. Dies wird auch Impulse für die Investitionstätigkeit liefern, die zunächst verhalten, nach und nach aber mit kräftigeren Raten zulegen dürfte; begünstigt wird dies durch – auch ölpreisbedingt – hohe Unternehmensgewinne und anhaltend niedrige Zinsen (Tabelle 2). Die Finanzpolitik ist im Jahr 2015 expansiv und im Jahr 2016 etwa neutral ausgerichtet. Die kräftige Binnenwirtschaft regt die Importe an; per Saldo trägt der Außenhandel zwar

Tabelle 2

Annahmen dieser Prognose

		2014	2015	2016
EZB-Leitzins	Prozent	0,16	0,05	0,05
Geldmarktzins	EURIBOR-Dreimonatsgeld in Prozent	0,20	0,08	0,07
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen im Euroraum mit 10-jähriger Restlaufzeit	1,86	1,20	1,20
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen in Deutschland mit 10-jähriger Restlaufzeit	1,21	0,80	0,91
Wechselkurs	US-Dollar/Euro	1,33	1,25	1,25
Tarifflöhne (in % geg. Vorjahr)	Änderung gegenüber Vorjahr	3,0	2,6	3,0
Erdölpreis	US-Dollar/Barrel	100,2	71,6	74,2
Erdölpreis	Euro/Barrel	75,5	57,4	59,6

© DIW Berlin 2014

Tabelle 3

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	3,6	0,4	0,1	1,5	1,4	1,7
Erwerbstätige im Inland (1 000 Personen)	41 570	42 033	42 281	42 648	42 795	43 037
Erwerbslose, ILO (1 000 Personen)	2 398	2 223	2 182	2 079	2 148	2 034
Arbeitslose, BA (1 000 Personen)	2 976	2 897	2 950	2 902	2 943	2 809
Erwerbslosenquote, ILO ²	5,8	5,4	5,2	5,0	5,1	4,8
Arbeitslosenquote, BA ²	7,1	6,8	6,9	6,7	6,8	6,4
Verbraucherpreise ³ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	2,1	2,0	1,5	0,9	0,7	1,4
Lohnstückkosten ⁴ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	0,4	3,1	2,2	1,9	2,1	1,5
Finanzierungssaldo des Staates ⁵						
In Milliarden Euro	-23,3	2,6	4,2	14,8	4,2	12,2
In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt (in Prozent)	-0,9	0,1	0,1	0,5	0,1	0,4
Leistungsbilanzsaldo in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt (in Prozent)	6,1	7,1	6,7	7,5	8,0	8,0

1 In Preisen des Vorjahres.

2 Bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen insgesamt (ILO) beziehungsweise die zivilen Erwerbspersonen (BA).

3 Verbraucherpreisindex.

4 Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen des Vorjahres je Erwerbstätigenstunde.

5 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG).

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; Berechnungen des DIW Berlin; 2014 bis 2016: Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Tabelle 4

Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts

Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent, saison- und kalenderbereinigt

	2014				2015				2016			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Private Konsumausgaben	0,5	0,1	0,7	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3
Öffentliche Konsumausgaben	0,2	0,4	0,6	0,2	0,3	0,6	0,4	0,0	0,2	0,3	0,2	0,4
Ausrüstungen	1,7	0,4	-2,3	0,0	0,5	1,0	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1
Bauten	4,2	-3,9	-0,3	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,3	0,3	0,3	0,3
Sonstige Investitionen	0,7	0,1	0,2	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Lagerveränderung ¹	-0,1	0,1	-0,5	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	0,9	-0,2	-0,2	0,3	0,3	0,4	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Außenbeitrag ¹	-0,1	0,1	0,2	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1
Ausfuhr	-0,2	1,2	1,9	0,8	1,0	1,2	1,2	1,2	1,2	1,3	1,3	1,3
Einfuhr	-0,1	1,1	1,7	1,1	1,1	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,4	1,4
Bruttoinlandsprodukt	0,8	-0,1	0,1	0,2	0,3	0,4						

¹ Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin, Prognose ab dem vierten Quartal 2014.

© DIW Berlin 2014

zum Wachstum bei, allerdings nur wenig. Aufgrund der ölpreisbedingt stark sinkenden Importpreise schwillt der (nominale) Außenhandelsüberschuss jedoch deutlich an; im Zuge dessen steigt der Leistungsbilanzüberschuss auf acht Prozent in Relation zur Wirtschaftsleistung.

Die öffentlichen Finanzen entwickeln sich insgesamt günstig. Der Gesamthaushalt dürfte in diesem Jahr mit einem Überschuss von 0,5 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt abschließen. Im Zuge einer vorübergehend gedämpften Einnahmeentwicklung im kommenden Jahr und einer hohen Ausgabedynamik – vor allem aufgrund der Leistungsausweitungen bei der Rente – sinkt der gesamtstaatliche Finanzierungsüberschuss im Jahr 2015 auf 0,1 Prozent, bevor er im Jahr 2016 auf 0,4 Prozent steigt.⁴

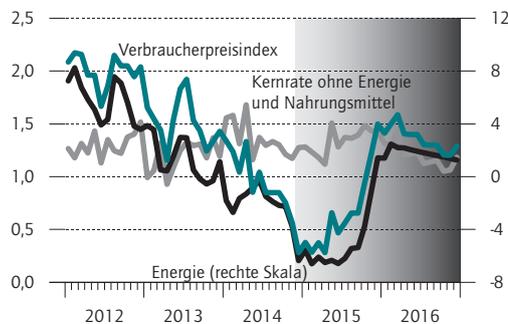
Das Bruttoinlandsprodukt dürfte in diesem Jahr um 1,5 Prozent und im nächsten Jahr um 1,4 Prozent wachsen (Tabelle 3). Bei leicht abflachendem Tempo im Jahresverlauf dürfte die Produktion im Jahr 2016 um 1,7 Prozent über dem Vorjahresniveau liegen. Dennoch dürften die Zuwächse (Tabelle 4) etwas über dem Potentialwachstum liegen, wenngleich sie nicht hoch genug ausfallen, um die derzeitige Unterauslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten rasch zurückzuführen; die Produktionslücke wird erst gegen Ende des Jahres 2016 geschlossen sein.

⁴ Vgl. den Bericht zur Finanzpolitik in dieser Ausgabe.

Abbildung 4

Teuerungsraten nach dem Verbraucherpreisindex

In Prozent gegenüber dem Vorjahr



Quellen: Destatis; Berechnungen des DIW Berlin; ab Dezember 2014 Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

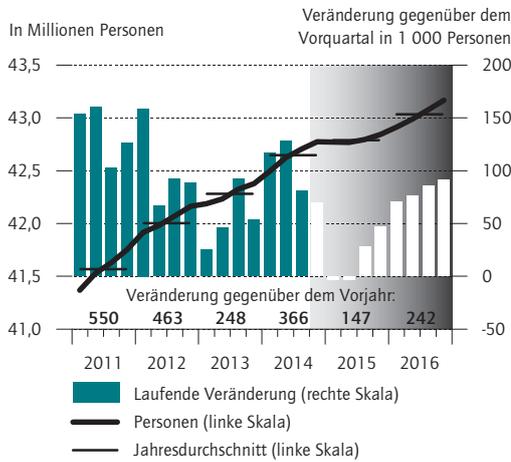
Der Absturz der Energiepreise dominiert die Dynamik der Verbraucherpreise

Einbruch des Ölpreises dämpft Inflation

Der Ölpreis ist seit der Jahresmitte in Euro gerechnet um etwa ein Viertel eingebrochen. Für diese Prognose wird die Entwicklung der Ölpreis-Futures zugrunde gelegt; diese signalisieren, dass die Ölpreise erst ab Mitte kommenden Jahres wieder leicht steigen. Bei einem annahmegemäß unveränderten Eurokurs wird dies auf die Inflationsrate drücken. Der direkte Effekt – die Energiepreise dürften 2015 jahresdurchschnittlich um fünf Pro-

Abbildung 5

Erwerbstätige



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Der Beschäftigungsaufbau wird durch Mindestlohneffekte unterbrochen.

Tabelle 5

Arbeitsmarktbilanz

In Millionen Personen

	2012	2013	2014	2015	2016
Erwerbstätige im Inland	42,03	42,28	42,65	42,80	43,04
Selbstständige und mithelf. Familienangehörige	4,54	4,46	4,42	4,43	4,45
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ¹	29,36	29,73	30,22	30,36	30,57
Beamte, Richter, Zeit- und Berufssoldaten	1,89	1,89	1,90	1,91	1,91
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte (Minijobber)	4,98	5,02	5,04	5,01	5,00
Sonstige	1,26	1,19	1,08	1,09	1,10
+/- Pendler, Beschäftigte in staatlichen Einrichtungen des Auslandes bzw. im Ausland etc.	-0,05	-0,06	-0,06	-0,06	-0,06
Erwerbstätige Inländer	41,98	42,23	42,59	42,74	42,98
Erwerbslose	2,22	2,18	2,08	2,15	2,03
Erwerbspersonen	44,21	44,42	44,67	44,88	45,01
<i>Nachrichtlich:</i>					
Arbeitslose	2,90	2,95	2,90	2,94	2,81
Arbeitslosenquote BA ² - in Prozent	6,8	6,9	6,7	6,8	6,4
Arbeitslosenquote SGB ³ - in Prozent	9,0	9,0	8,8	8,7	8,4
Erwerbslosenquote VGR ⁴ - in Prozent	5,0	4,9	4,7	4,7	4,5
Erwerbslosenquote ILO-Statistik - in Prozent	5,4	5,2	5,0	5,1	4,8
Erwerbstätige am Wohnort nach ILO - 1 000	39,02	39,41	39,69	39,79	40,01

1 Bis 2011 einschl. Personen im Freiwilligendienst.

2 Registrierte Arbeitslose bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen.

3 Registrierte Arbeitslose bezogen auf die Summe von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und registrierten Arbeitslosen.

4 Erwerbslose bezogen auf die Summe der Erwerbstätigen nach VGR und der Erwerbslosen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen und Schätzungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

zent niedriger liegen als in diesem Jahr – wirkt sich im kommenden Jahr aus. Zudem geben die Unternehmen die dadurch erheblich niedrigeren Produktionskosten wohl zum Teil nach und nach an die Verbraucher weiter, so dass auch die Kernrate, also die Teuerung ohne den direkten Einfluss von Nahrungsmittel- und Energiepreisen, durch die Entwicklung der Energiekosten gedämpft wird, auch über das kommende Jahr hinaus. Entgegengerichtet wirken die Einführung des Mindestlohns sowie die insgesamt merklich steigenden Löhne, die für sich genommen die Teuerung etwas anschieben. Alles in allem bleibt der Preisauftrieb in Deutschland gering; in diesem Jahr dürfte die Inflation 0,9 Prozent betragen, im kommenden Jahr fällt sie mit 0,7 Prozent sogar noch geringer aus. Im Jahr 2016 zieht sie leicht auf 1,4 Prozent an, vor allem weil der direkte Effekt sinkender Ölpreise wegfällt.

Konjunktur schiebt die Beschäftigung weiter an

Der kräftige Beschäftigungsaufbau hält an. Die Zahl der Arbeitslosen, die im Sommerhalbjahr lediglich stagnierte, vermindert sich wieder etwas. Das hängt auch damit zusammen, dass das Erwerbspersonenpotential langsamer zunimmt. Die Zahl der Zuwanderer⁵ insbesondere aus anderen EU-Staaten steigt zwar mit unvermindertem Tempo; hingegen macht sich seit der Jahresmitte bemerkbar, dass sich infolge der Rente ab 63 mehr und mehr Personen vom Arbeitsmarkt zurückziehen.⁶ Die Zahl der Selbständigen stagniert. Bei der abhängigen Beschäftigung legen die Teilzeittätigkeiten überproportional zu; bis zum Herbst hat die pro Arbeitnehmer geleistete Arbeitszeit abgenommen.

Im nächsten Jahr wird die Beschäftigungsentwicklung in wohl erheblichem Maße von der Einführung eines allgemeinen, gesetzlichen Mindestlohns bestimmt werden. Unterstellt wird, dass es deshalb zu einem Rückgang der Beschäftigung um etwa 100 000 Personen kommen wird,⁷ und so der ansonsten robuste Trend beim Beschäftigungsaufbau zu Jahresbeginn überlagert wird. Nach einer leichten Abnahme der Beschäftigtenzahlen dominieren anschließend wieder die konjunkturellen Auftriebskräfte: Die Zahl der Erwerbstätigen zieht bis zum Ende des Prognosezeitraums an (Tabelle 5). Die Arbeitslosigkeit steigt nach der Jahreswende zeitweilig, jedoch dürften sich nicht alle der we-

5 Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Statistik: Hintergrundinformation. Auswirkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit und der EU-Schuldenkrise auf den deutschen Arbeitsmarkt. Berichtsmonat September 2014. Nürnberg.

6 Zu den Wirkungen der Rente ab 63 auf das Angebot an Arbeitskräften vgl. Fichtner, F. et. al.: Sommergrundlinien 2014. DIW Wochenbericht Nr. 25/2014, 584 f.

7 Vgl. unter anderem Fichtner, F. et al.: Frühjahrsgrundlinien 2014. DIW Wochenbericht Nr. 11/2014, 210.

gen des Mindestlohn entlassenen Arbeitnehmer arbeitslos melden; einige werden wohl keinen Anspruch auf Lohnersatzleistungen haben.⁸ Im Zuge des konjunkturbedingten Beschäftigungsaufbaus sinkt die Arbeitslosigkeit etwa ab Mitte nächsten Jahres wieder – und zwar mit zunehmendem Tempo, auch weil der Aufbau des Erwerbspersonenpotentials weiter an Dynamik einbüßt. Zwar kommt es noch zu Wanderungsgewinnen bei den Erwerbspersonen, doch dürfte der Schub bei den Zuwanderungen nachlassen. Überdies wirkt die Rente ab 63 weiterhin dämpfend auf die Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials. Die Arbeitslosenquote steigt leicht um einen Zehntelprozentpunkt auf 6,8 Prozent im Jahr 2015, im darauffolgenden Jahr sinkt sie auf 6,4 Prozent.

Der Lohnanstieg hat sich nach einem schwachen Start ins Jahr 2014 wieder etwas verstärkt und wird wohl noch mehr an Fahrt gewinnen. Im kommenden Jahr dürften die Bruttostundenlöhne das Vorjahresergebnis um reichlich drei Prozent übertreffen; etwa ein Drittel des Zuwachses ist der Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes zuzurechnen. Angesichts der sich weiter verbessernden Lage auf dem Arbeitsmarkt dürften höhere Lohnforderungen durchsetzbar sein, so dass auch 2016 eine kräftige Anhebung der Effektivlöhne zu erwarten ist.

Rückenwind für den privaten Konsum

Der Konsum der privaten Haushalte wird im Prognosezeitraum, begünstigt von mehreren Faktoren, merklich ausgeweitet. Die Lohnsumme steigt kräftig, im kommenden Jahr auch wegen des Mindestlohns. Letzteres dämpft allerdings die Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit. Unterm Strich legen diese aber im Prognosezeitraum ebenfalls merklich zu; begünstigt wird dies durch die sinkenden Energiekosten, die zu höheren Gewinnmargen führen. Hinzu kommen die spürbaren Leistungsausweitungen in der Rentenversicherung. So fallen etwa im Rahmen der Mütterrente erhebliche Transfers an; vor allem im Schlussquartal 2014 wird es Nachzahlungen geben. Allerdings wird wohl nur ein Teil hiervon für einen höheren Konsum genutzt. Die zusätzlichen Rentenleistungen fließen nämlich vor allem Haushalten mit hoher Sparneigung zu. Damit schieben die Sozialleistungen den Konsum zwar im kommenden Jahr merklich an. Im weiteren Verlauf dürfte der mit den Reformen verbundene Konsumeffekt aber nachlassen und die Sparquote der Haushalte dauerhaft höher liegen; dies bläht die ohnehin hohen Leistungsbilanzüberschüsse wohl zusätzlich auf. Alles in allem dürfte

⁸ Das gilt insbesondere für die im überdurchschnittlichen Maß vom Mindestlohn betroffenen Minijobber. Einige davon sind sogar schon heute arbeitslos registriert und stocken ihr Einkommen durch eine geringfügige Beschäftigung auf.

der Anstieg des privaten Konsums bereits im Jahr 2016 weniger dynamisch ausfallen als im kommenden Jahr; die Zuwächse beim privaten Verbrauch bleiben aber im gesamten Prognosezeitraum kräftig.

Nur zögerliche Belebung der Ausrüstungsinvestitionen

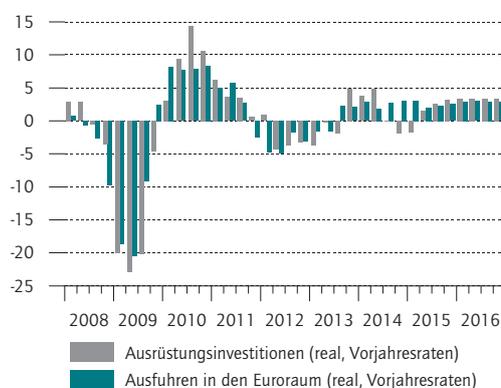
Die zu Jahresbeginn 2014 optimistische Einschätzung der Unternehmen und die damit verbunden umfangreichen Investitionspläne⁹ wurden im Jahresverlauf angesichts der enttäuschenden weltwirtschaftlichen Entwicklung deutlich nach unten revidiert. Besonders die weiter nur fragile Situation im Euroraum, dem größten Absatzmarkt der deutschen Wirtschaft, dürfte die investiven Ausgaben gebremst haben. Zudem haben die im Sommer heftig aufflammenden geopolitischen Krisen in der Ukraine und im Nahen Osten für Verunsicherung bei den Unternehmen gesorgt. Angesichts dieser Entwicklungen sind die Investitionen in Ausrüstungen im Sommerhalbjahr gesunken. Allerdings dürfte inzwischen die Talsohle erreicht sein. Dafür spricht die zuletzt wieder positive Entwicklung des Geschäftsklimas bei den Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes; auch die Stimmung unter den Herstellern von Investitionsgütern hat sich nicht weiter verschlechtert. Zudem

⁹ Siehe ifo-Investitionstest Verarbeitendes Gewerbe Deutschland: Ergebnisse vom Frühjahr 2014.

Abbildung 6

Ausrüstungsinvestitionen und Exporte in den Euroraum

Veränderung im Vergleich zum Vorjahr in Prozent



Quellen: Destatis; Berechnungen des DIW Berlin.

Die Exporte in den Euroraum sind für die Investitionstätigkeit der Unternehmen besonders wichtig.

Tabelle 6

Reale Bauinvestitionen (Veränderung)

In Prozent

	2013	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	Anteile in Prozent	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr					
Wohnungsbau	59,0	10,0	3,3	0,6	3,1	1,4	1,4
Nichtwohnungsbau	41,0	6,2	-2,9	-1,0	3,5	1,1	2,5
Gewerblicher Bau	29,1	9,0	-0,9	-2,1	3,8	0,6	2,2
Öffentlicher Bau	11,9	0,1	-7,7	1,6	3,0	2,3	3,1
Bauinvestitionen	100,0	8,4	0,6	-0,1	3,3	1,3	1,9

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Vor allem der Wohnungsbau entwickelt sich im Prognosezeitraum dynamisch.

sind in den Herbstmonaten die Auftragseingänge und Umsätze bei Investitionsgütern aus dem Inland wieder gestiegen. Gleichwohl dürften die Unternehmen trotz des laut Order-Capacity-Index vorhandenen Bestellüberschlags die weiterhin äußerst günstigen Finanzierungsbedingungen zunächst nur zögerlich nutzen und erst Ende 2015, mit den stärkeren Nachfrageimpulsen aus dem Euroraum und annahmegemäß abebbender Unsicherheit, wieder vermehrt in neue Maschinen und Geräte investieren (Abbildung 6).

Aufwärtstrend bei den Bauinvestitionen flacht sich ab

Nach dem starken Jahresauftakt und der darauf folgenden Normalisierung haben die Bauinvestitionen im dritten Quartal stagniert. Dies liegt auch daran, dass, nachdem Bauaktivitäten in die Wintermonate vorgezogen wurden, die Planungen und Ausschreibungen für Bauleistungen der Entwicklung hinterherhinken. Im weiteren Verlauf wird die Bautätigkeit wohl wieder Tritt fassen. Gerade der Wohnungsbau dürfte angesichts der guten Auftragslage und der zuletzt gestiegenen Auftragseingänge im Schlussquartal wieder auf seinen Aufwärtstrend einschwenken. Trotz der nach wie vor guten Rahmenbedingungen – die günstige Arbeitsmarkt- und Einkommensentwicklung, Zuwanderung und die historisch günstigen Finanzierungskonditionen – deuten die Baugenehmigungen allerdings darauf hin, dass der Wohnungsbauzyklus allmählich seinen Höhepunkt erreicht¹⁰ und im Prognosezeitraum deutlich an Dyna-

mik verliert (Tabelle 6). Impulse kommen insbesondere noch aus dem Geschosswohnungsbau; der Bau von Eigenheimen wird an Bedeutung verlieren.

Im Wirtschaftsbau drückt die eingetrübte Stimmung zunächst noch auf die Investitionsbereitschaft; die Zuwächse werden angesichts der schwachen Auftragseingänge und den im Trend rückläufigen Baugenehmigungen zunächst sehr moderat ausfallen. Im späteren Verlauf dürfte die konjunkturelle Belebung auch den Wirtschaftsbau erfassen.

Hingegen wird der öffentliche Bau in den kommenden Quartalen spürbar zulegen: Sowohl im kommenden Jahr als auch 2016 sind im Jahresdurchschnitt kräftige Steigerungen der Bauinvestitionen der öffentlichen Hand zu erwarten. Angesichts der schwachen Auftragseingänge dürfte das Schlussquartal 2014 allerdings verhalten ausfallen. Neben der allgemein verbesserten Kassenlage werden im kommenden Jahr die Impulse zunächst noch von der Beseitigung der Flutschäden und Mehrausgaben für Kindertagesstätten ausgehen. Ab dem Jahreswechsel 2015/2016 stützen die vom Bund bereitgestellten Mittel für den Ausbau der Infrastruktur die öffentlichen Bauinvestitionen, die dann auf hohem Niveau verharren.

Exporte weniger dynamisch als Importe

Die Exporte sind im Sommerhalbjahr kräftig gestiegen. Dies lag vor allem an der deutlich anziehenden Nachfrage aus den Vereinigten Staaten und Asien, aber auch die Ausfuhren in den Euroraum nahmen zu. Auch wenn die Exporte im weiteren Verlauf weniger stark als im dritten Quartal expandieren dürften, deuten die aufgehellten Exporterwartungen der Unternehmen auf weitere Impulse aus dem Ausland. Neben der anziehenden Nachfrage, auch aus dem Euroraum, profitieren die deutschen Exporteure von der deutlichen Abwer-

¹⁰ Baugenehmigungen werden mittlerweile fast nur noch im Segment der Mehrfamilienhäuser erteilt; dies gleicht derzeit noch den Rückgang genehmigter Ein- und Zweifamilienhäuser aus. Der Höhepunkt des Wohnungsmarktzyklus scheint erreicht; vgl. Gornig, M., Michelsen, C. (2014): Bauwirtschaft: Wohnungsneubau auf konjunkturellem Höhepunkt – öffentlicher Bau gewinnt an Bedeutung. DIW Wochenbericht Nr. 48/2014, 1258-1267.

tung des Euro. Trotz merklich steigender Lohnstückkosten verbessert sich damit die preisliche Wettbewerbsfähigkeit.

Die Importe dürften im Prognosezeitraum etwas stärker steigen als die Exporte. Schon aufgrund des hohen Importanteils der deutschen Exportgüter entwickeln sich die Einfuhren kräftig; hinzu kommt die robuste Binnennachfrage, insbesondere der private Verbrauch. Per Saldo wird der Außenhandel damit nur geringfügig zum Wachstum beitragen. Der Leistungsbilanzsaldo steigt von siebeneinhalb Prozent in Relation zur Wirtschaftsleistung im Jahr 2014 auf jeweils acht Prozent in den Jahren 2015/16; ein bedeutender Teil dieses Anstiegs ist dabei auf den Ölpreisbedingen, deutli-

chen Rückgang der Importpreise zu Beginn des Jahres 2015 zurückzuführen.

Zum Jahresauftakt 2015 wird sich der Verfall des Rohölpreises in deutlich gesunkenen Importpreisen niederschlagen. Die Exporteure dürften die gesunkenen Kosten nur teilweise an ihre Kunden weitergeben. Die Terms of Trade werden sich daher zunächst weiter verbessern. Erst im späteren Verlauf legen die Importpreise wieder zu, und mit ihnen dann – etwas schwächer – die Exportpreise, so dass sich die Terms of Trade leicht verschlechtern. In jahresdurchschnittlicher Betrachtung ergibt sich für die Terms of Trade im kommenden Jahr ein ähnlich deutliches Plus wie in den Jahren 2013/14, im darauffolgenden Jahr stagnieren sie.

Ferdinand Fichtner ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | ffichtner@diw.de

Guido Baldi ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Franziska Bremus ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin

Karl Brenke ist Wissenschaftlicher Referent beim Vorstand des DIW Berlin

Christian Dreger ist Forschungsdirektor International Economics am DIW Berlin

Hella Engerer ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Christoph Große Steffen ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin

Simon Junker ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Claus Michelsen ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Katharina Pijnenburg ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin

Maximilian Podstawski ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Malte Rieth ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin

Kristina van Deuverden ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

GERMAN ECONOMY TO OVERCOME TEMPORARY WEAKNESS

Abstract: The German economy has veered back on an upward course, after weak growth in the summer semester 2014. In this projection, real GDP is estimated to grow by 1.5 percent in 2014, by 1.4 percent in 2015 and by 1.7 percent in 2016. Inflation is projected to remain low, with 0.9 percent in 2014, 0.7 percent in 2015 and 1.4 percent in 2016.

The growth rate of the global economy rose slightly in the third quarter. The gradually improving situation on labor markets will lead to increasing incomes in the forecast period, particularly in advanced economies. Along with continuously low energy prices, this should stabilize purchasing power and thus private consumption and investments.

The average annual growth rate of the world economy is expected to be 3.4 percent in 2014, 3.8 percent in 2015 and 3.9 percent in 2016. Inflation is predicted to linger between a moderate two and three percent in the projection period.

Economic developments in Germany are supported by foreign demand, which also stimulates investment going forward. Private consumption is increasing noticeably; this is based on a persistently positive situation on the labor market, high wage growth, as well as strong increases in social benefits. In addition, declining energy prices are raising purchasing power significantly, as well as driving up company profits.

JEL: E32, E66, F01

Keywords: Business cycle forecast, economic outlook

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2014 bis 2016

	2014	2015	2016	2014		2015		2016	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts									
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Erwerbstätige	0,9	0,3	0,6	0,8	0,9	0,5	0,1	0,4	0,7
Arbeitszeit, arbeitstäglich	0,6	-0,8	-0,4	1,1	0,1	0,0	-1,5	-1,4	0,4
Arbeitstage	0,1	0,9	0,4	-0,3	0,6	0,0	1,8	1,6	-0,8
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	1,6	0,5	0,5	1,6	1,6	0,5	0,4	0,7	0,4
Produktivität ¹	-0,1	0,9	1,2	0,2	-0,4	0,3	1,5	1,5	0,9
Reales Bruttoinlandsprodukt	1,5	1,4	1,7	1,8	1,2	0,8	1,9	2,2	1,3
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen									
a) Mrd. Euro									
Konsumausgaben	2 169,1	2 236,4	2 305,2	1 054,9	1 114,2	1 089,3	1 147,2	1 125,4	1 179,8
Private Haushalte ²	1 605,7	1 648,5	1 693,5	782,2	823,5	803,6	844,9	828,2	865,3
Staat	563,4	587,9	611,7	272,8	290,7	285,6	302,3	297,2	314,5
Anlageinvestitionen	578,0	595,0	619,5	279,1	298,9	281,8	313,2	296,6	322,9
Ausrüstungen	183,3	187,3	196,9	88,2	95,0	87,6	99,7	93,0	103,9
Bauten	292,8	302,3	313,3	141,3	151,5	143,0	159,3	150,6	162,8
Sonstige Anlageinvestitionen	102,0	105,4	109,3	49,6	52,4	51,2	54,2	53,1	56,2
Vorratsveränderung ³	-30,4	-39,1	-40,0	-0,7	-29,7	-11,0	-28,2	0,0	0,0
Inländische Verwendung	2 716,7	2 792,3	2 884,7	1 333,4	1 383,3	1 360,1	1 432,2	1 409,7	1 474,9
Außenbeitrag	188,3	212,8	220,8	95,4	92,8	108,6	104,2	0,0	0,0
Exporte	1 328,7	1 397,9	1 482,1	650,6	678,1	683,5	714,5	727,1	755,1
Importe	1 140,4	1 185,1	1 261,3	555,2	585,2	574,9	610,2	610,9	650,4
Bruttoinlandsprodukt	2 905,0	3 005,1	3 105,5	1 428,8	1 476,2	1 468,7	1 536,5	1 525,9	1 579,6
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	2,7	3,1	3,1	2,5	2,9	3,3	3,0	3,3	2,8
Private Haushalte ²	2,2	2,7	2,7	2,0	2,4	2,7	2,6	3,1	2,4
Staat	4,1	4,3	4,0	3,9	4,4	4,7	4,0	4,0	4,0
Anlageinvestitionen	4,0	2,9	4,1	6,1	2,1	1,0	4,8	5,2	3,1
Ausrüstungen	3,0	2,2	5,1	5,0	1,2	-0,7	4,9	6,1	4,3
Bauten	4,9	3,3	3,6	7,8	2,2	1,2	5,2	5,3	2,2
Sonstige Anlageinvestitionen	3,3	3,3	3,6	3,2	3,3	3,2	3,5	3,7	3,6
Inländische Verwendung	2,7	2,8	3,3	3,3	2,1	2,0	3,5	3,6	3,0
Exporte	3,8	5,2	6,0	2,9	4,7	5,0	5,4	6,4	5,7
Importe	2,1	3,9	6,4	1,6	2,6	3,6	4,3	6,3	6,6
Bruttoinlandsprodukt	3,4	3,4	3,3	3,8	3,0	2,8	4,1	3,9	2,8
3. Verwendung des Inlandsprodukts, preisbereinigt									
a) Verkettete Volumina in Mrd. Euro									
Konsumausgaben	2 030,1	2 063,6	2 091,9	993,8	1 036,3	1 011,4	1 052,3	1 027,9	1 064,1
Private Haushalte ²	1 517,2	1 542,7	1 566,0	740,5	776,7	753,7	788,9	767,6	798,4
Staat	512,9	520,9	526,0	253,2	259,7	257,5	263,4	260,2	265,8
Anlageinvestitionen	542,7	551,0	565,9	262,3	280,4	261,2	289,7	271,2	294,7
Ausrüstungen	180,8	184,4	193,0	86,6	94,2	85,9	98,4	90,8	102,2
Bauten	266,9	270,3	275,4	129,3	137,6	128,3	142,0	132,7	142,6
Sonstige Anlageinvestitionen	94,7	96,1	97,6	46,2	48,5	46,8	49,3	47,6	50,0
Inländische Verwendung	2 540,1	2 571,9	2 613,5	1 255,2	1 284,9	1 262,9	1 309,0	1 288,1	1 325,5
Exporte	1 278,1	1 346,1	1 416,1	626,2	651,9	658,3	687,8	696,6	719,5
Importe	1 095,6	1 157,0	1 221,0	531,5	564,1	559,6	597,4	593,2	627,8
Bruttoinlandsprodukt	2 721,4	2 759,5	2 807,6	1 349,3	1 372,1	1 360,7	1 398,8	1 390,6	1 417,0
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	1,1	1,7	1,4	0,9	1,3	1,8	1,5	1,6	1,1
Private Haushalte ²	1,1	1,7	1,5	0,9	1,3	1,8	1,6	1,8	1,2
Staat	1,1	1,6	1,0	0,9	1,4	1,7	1,4	1,0	0,9
Anlageinvestitionen	2,9	1,5	2,7	4,9	1,0	-0,4	3,3	3,8	1,7
Ausrüstungen	3,2	2,0	4,7	5,1	1,5	-0,8	4,5	5,6	3,8
Bauten	3,3	1,3	1,9	6,2	0,7	-0,8	3,2	3,4	0,4
Sonstige Anlageinvestitionen	1,2	1,4	1,6	1,2	1,3	1,2	1,6	1,6	1,6
Inländische Verwendung	1,2	1,3	1,6	1,8	0,7	0,6	1,9	2,0	1,3
Exporte	4,0	5,3	5,2	3,3	4,6	5,1	5,5	5,8	4,6
Importe	3,7	5,6	5,5	3,5	3,9	5,3	5,9	6,0	5,1
Bruttoinlandsprodukt	1,5	1,4	1,7	1,8	1,2	0,8	1,9	2,2	1,3

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2014 bis 2016

	2014	2015	2016	2014		2015		2016	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010=100)									
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Private Konsumausgaben ²	1,1	1,0	1,2	1,1	1,0	0,9	1,0	1,2	1,2
Konsumausgaben des Staates	2,9	2,7	3,0	2,9	2,9	3,0	2,5	3,0	3,1
Anlageinvestitionen	1,1	1,4	1,4	1,1	1,1	1,4	1,4	1,4	1,3
Ausrüstungen	-0,1	0,3	0,4	0,0	-0,2	0,2	0,4	0,4	0,4
Bauten	1,5	2,0	1,8	1,5	1,5	2,0	1,9	1,8	1,7
Exporte	-0,2	-0,1	0,8	-0,4	0,1	-0,1	-0,1	0,5	1,0
Importe	-1,6	-1,6	0,8	-1,8	-1,3	-1,6	-1,5	0,2	1,4
Bruttoinlandsprodukt	1,9	2,0	1,6	1,9	1,8	1,9	2,1	1,7	1,5
5. Einkommensentstehung und -verteilung									
a) Mrd. Euro									
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 068,1	2 127,5	2 189,1	1 014,4	1 053,7	1 046,6	1 080,9	1 077,2	1 112,0
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	271,7	281,4	290,9	131,2	140,5	136,5	144,9	140,9	150,0
Bruttolöhne und -gehälter	1 209,9	1 252,9	1 294,2	577,3	632,6	599,9	653,0	619,2	675,1
Übrige Primäreinkommen ⁴	586,4	593,2	604,0	305,8	280,6	310,2	283,0	317,1	286,9
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	393,2	422,9	450,5	183,5	209,7	185,4	237,5	206,4	244,1
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 461,3	2 550,4	2 639,7	1 197,9	1 263,5	1 232,1	1 318,4	1 283,6	1 356,1
Abschreibungen	512,6	527,1	542,4	255,0	257,6	262,0	265,1	269,6	272,8
Bruttonationaleinkommen	2 973,9	3 077,5	3 182,0	1 452,9	1 521,1	1 494,1	1 583,5	1 553,1	1 628,9
<i>Nachrichtlich:</i>									
Volkseinkommen	2 174,9	2 256,7	2 338,1	1 055,3	1 119,7	1 085,3	1 171,5	1 132,9	1 205,2
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	693,3	722,4	753,0	346,7	346,6	348,8	373,6	372,8	380,2
Arbeitnehmerentgelt	1 481,7	1 534,3	1 585,1	708,6	773,1	736,4	797,9	760,1	825,0
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2,8	2,9	2,9	2,6	3,0	3,2	2,6	2,9	2,9
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	3,4	3,6	3,4	3,1	3,7	4,1	3,1	3,2	3,5
Bruttolöhne und -gehälter	3,8	3,5	3,3	3,9	3,7	3,9	3,2	3,2	3,4
Übrige Primäreinkommen ⁴	0,5	1,1	1,8	-0,1	1,2	1,4	0,9	2,2	1,4
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	6,8	7,6	6,5	9,8	4,4	1,1	13,2	11,3	2,8
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3,4	3,6	3,5	3,6	3,2	2,9	4,3	4,2	2,9
Abschreibungen	2,1	2,8	2,9	2,0	2,2	2,8	2,9	2,9	2,9
Bruttonationaleinkommen	3,2	3,5	3,4	3,3	3,1	2,8	4,1	4,0	2,9
<i>Nachrichtlich:</i>									
Volkseinkommen	3,6	3,8	3,6	3,7	3,4	2,8	4,6	4,4	2,9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	3,2	4,2	4,2	3,6	2,8	0,6	7,8	6,9	1,8
Arbeitnehmerentgelt	3,7	3,6	3,3	3,8	3,7	3,9	3,2	3,2	3,4
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte									
a) Mrd. Euro									
Masseneinkommen	1 214,6	1 256,9	1 293,9	584,1	630,5	608,7	648,2	624,3	669,6
Nettolöhne- und -gehälter	804,5	830,1	854,0	380,3	424,2	393,9	436,2	405,1	448,9
Monetäre Sozialleistungen	504,6	522,9	537,6	251,1	253,5	262,9	260,0	268,1	269,5
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	94,4	96,0	97,7	47,3	47,1	48,1	48,0	48,9	48,8
Übrige Primäreinkommen ⁴	586,4	593,2	604,0	305,8	280,6	310,2	283,0	317,1	286,9
Sonstige Transfers (Saldo) ⁶	-78,2	-79,5	-80,5	-38,2	-40,0	-39,0	-40,5	-39,5	-41,0
Verfügbares Einkommen	1 722,9	1 770,6	1 817,4	851,8	871,1	879,9	890,7	901,9	915,6
<i>Nachrichtlich:</i>									
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	48,3	49,7	51,3	23,8	24,5	24,5	25,2	25,3	26,0
Konsumausgaben	1 605,7	1 648,5	1 693,5	782,2	823,5	803,6	844,9	828,2	865,3
Sparen	165,6	171,8	175,1	93,4	72,1	100,8	71,1	98,9	76,2
Sparquote in Prozent ⁷	9,3	9,4	9,4	10,7	8,1	11,1	7,8	10,7	8,1
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Masseneinkommen	3,3	3,5	2,9	3,0	3,7	4,2	2,8	2,6	3,3
Nettolöhne- und -gehälter	3,5	3,2	2,9	3,7	3,4	3,6	2,8	2,9	2,9
Monetäre Sozialleistungen	2,5	3,6	2,8	1,4	3,7	4,7	2,5	2,0	3,7
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	0,7	1,7	1,8	0,2	1,3	1,7	1,8	1,7	1,8
Übrige Primäreinkommen ⁴	0,5	1,1	1,8	-0,1	1,2	1,4	0,9	2,2	1,4
Verfügbares Einkommen	2,5	2,8	2,6	2,1	2,8	3,3	2,2	2,5	2,8
Konsumausgaben	2,2	2,7	2,7	2,0	2,4	2,7	2,6	3,1	2,4
Sparen	5,5	3,8	1,9	3,2	8,5	7,8	-1,4	-1,8	7,3

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2014 bis 2016

	2014	2015	2016	2014		2015		2016	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates⁸									
a) Mrd. Euro									
Einnahmen									
Steuern	658,9	676,7	701,4	330,7	328,2	341,4	335,3	353,0	348,4
direkte Steuern	346,4	356,6	373,4	175,2	171,1	181,7	175,0	189,4	184,0
indirekte Steuern	312,6	320,1	328,1	155,5	157,1	159,8	160,3	163,7	164,4
Nettosozialbeiträge	481,9	499,1	515,9	233,7	248,2	243,1	255,9	251,0	264,9
Vermögenseinkommen	23,6	22,4	22,5	14,7	8,9	12,9	9,5	12,9	9,6
Laufende Übertragungen	17,8	17,9	18,3	8,8	9,0	8,9	9,1	9,0	9,3
Vermögenstransfers	10,4	10,0	10,0	4,9	5,5	4,6	5,4	4,5	5,4
Verkäufe	100,0	102,3	105,1	46,7	53,3	47,8	54,5	49,1	56,0
Sonstige Subventionen	0,3	0,3	0,3	0,1	0,2	0,1	0,2	0,1	0,2
Insgesamt	1 292,9	1 328,7	1 373,5	639,6	653,3	658,8	669,9	679,7	693,7
Ausgaben									
Vorleistungen	137,2	142,7	148,9	62,0	75,2	65,2	77,5	68,1	80,9
Arbeitnehmerentgelte	224,9	231,8	239,3	107,5	117,4	111,1	120,7	114,7	124,6
Soziale Sachleistungen	238,8	251,6	263,0	118,4	120,4	124,8	126,8	130,4	132,5
Vermögenseinkommen (Zinsen)	50,1	47,8	45,9	25,5	24,7	24,3	23,5	23,3	22,6
Subventionen	26,2	26,4	26,5	12,9	13,3	13,0	13,4	13,1	13,5
Monetäre Sozialleistungen	452,4	470,3	482,8	224,8	227,6	236,6	233,7	240,9	241,9
Sonstige laufende Transfers	64,1	67,0	64,9	35,1	29,0	36,5	30,5	35,4	29,5
Bruttoinvestitionen	63,9	66,1	68,8	28,1	35,8	28,5	37,7	29,8	39,0
Vermögenstransfers	21,9	22,2	22,4	8,5	13,4	8,6	13,6	8,6	13,8
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen	-1,4	-1,4	-1,4	-0,6	-0,8	-0,6	-0,8	-0,6	-0,8
Sonstige Produktionsabgaben	0,0	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	1 278,1	1 324,5	1 361,3	622,3	655,9	647,9	676,6	663,8	697,5
Finanzierungssaldo	14,8	4,2	12,2	17,3	-2,5	10,9	-6,7	15,9	-3,7
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Einnahmen									
Steuern	3,3	2,7	3,7	3,4	3,2	3,2	2,1	3,4	3,9
direkte Steuern	3,9	3,0	4,7	3,5	4,3	3,7	2,2	4,2	5,2
indirekte Steuern	2,6	2,4	2,5	3,2	2,1	2,8	2,0	2,5	2,5
Nettosozialbeiträge	3,6	3,6	3,4	3,4	3,7	4,0	3,1	3,2	3,5
Vermögenseinkommen	10,8	-4,8	0,4	25,3	-7,0	-12,1	7,2	0,3	0,5
Laufende Übertragungen	-3,6	0,9	2,0	-1,1	-5,9	0,9	0,9	1,7	2,2
Vermögenstransfers	0,3	-3,9	-0,6	2,2	-1,3	-5,5	-2,6	-2,2	0,8
Verkäufe	4,4	2,2	2,8	4,5	4,3	2,2	2,2	2,8	2,8
Sonstige Subventionen	-7,1	0,0	0,0	-8,8	-5,9	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	3,5	2,8	3,4	3,8	3,2	3,0	2,5	3,2	3,6
Ausgaben									
Vorleistungen	4,3	4,0	4,3	3,0	5,5	5,2	3,1	4,3	4,3
Arbeitnehmerentgelte	3,4	3,1	3,2	3,1	3,7	3,3	2,8	3,2	3,2
Soziale Sachleistungen	5,2	5,4	4,5	5,6	4,9	5,4	5,3	4,5	4,5
Vermögenseinkommen (Zinsen)	-11,0	-4,6	-3,9	-12,3	-9,7	-4,5	-4,7	-4,0	-3,8
Subventionen	5,9	0,7	0,7	7,0	4,8	0,7	0,7	0,7	0,7
Monetäre Sozialleistungen	2,8	3,9	2,7	1,4	4,3	5,2	2,7	1,8	3,5
Sonstige laufende Transfers ⁹	3,4	4,5	-3,1	4,1	2,5	4,0	5,1	-2,8	-3,4
Bruttoinvestitionen	1,8	3,5	4,0	13,6	-5,8	1,1	5,3	4,6	3,6
Vermögenstransfers ⁹	-11,9	1,6	0,7	-23,1	-3,0	1,4	1,7	0,0	1,2
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen ⁹	-0,7	0,0	0,0	-9,1	7,2	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Produktionsabgaben ⁹	-31,7	22,0	0,0	-3,7	-54,5	15,4	33,3	0,0	0,0
Insgesamt	2,6	3,6	2,8	2,3	3,0	4,1	3,2	2,4	3,1

1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

2 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

3 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

4 Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen

5 Einschließlich verbrauchsnahe Steuern.

6 Empfangene abzüglich geleistete Transfers.

7 Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens.

8 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

9 Absolute Änderung gegenüber dem Vorjahr in Mrd. EUR.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des DIW Berlin.



Dr. Ferdinand Fichtner, Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

SIEBEN FRAGEN AN FERDINAND FICHTNER

»Kräftige Binnennachfrage und guter Arbeitsmarkt stützen Wachstum«

1. Herr Fichtner, die Wachstumszahlen konnten zuletzt nicht mehr begeistern. Läuft es im vierten Quartal besser? Tatsächlich hat sich die Konjunktur im letzten halben Jahr deutlich eingetrübt. Ich würde trotzdem sagen, dass wir das Jahr 2014 mit einer ganz soliden Dynamik beenden. Die Wachstumsrate im vierten Quartal wird nicht besonders hoch sein, aber wir erwischen eigentlich einen ganz guten Start in das Jahr 2015. Insofern ist da am Horizont durchaus ein Lichtstreif zu sehen.
2. Mit welchen Wachstumszahlen rechnen Sie für die Zukunft? Wir gehen davon aus, dass die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr und auch im Jahr 2015 mit etwa eineinhalb Prozent wachsen wird. Im Jahr darauf, im Jahr 2016, könnte es noch einmal ein bisschen mehr sein und sich in Richtung zwei Prozent bewegen. Alles in allem sind das ordentliche Wachstumsraten für die deutsche Wirtschaft.
3. Was werden die wichtigsten Wachstumstreiber sein? Das Wachstum stützt sich auf zwei Quellen. Das eine ist eine sehr kräftige Binnennachfrage. Insbesondere die Konsumnachfrage läuft gut, weil die Arbeitsmarktsituation sehr gut ist. Dazu kommt über den Prognosezeitraum zunehmend auch die Exporttätigkeit, die dann mehr und mehr auch die Investitionstätigkeit anstößt. Das sorgt insgesamt für ordentliche Wachstumsraten.
4. Andere große europäische Länder wie Frankreich und Italien schwächeln. Belastet das nicht auch den deutschen Export? Die schwache Konjunktur im Euroraum ist natürlich ein Problem für die deutsche Wirtschaft. Nach wie vor geht ein großer Teil der deutschen Exporte in den Euroraum. Es ist aber andererseits so, dass es den deutschen Unternehmen in den letzten Jahren auch gelungen ist, ihre Exporte auf andere Länder auszurichten. Zur Zeit läuft es beispielsweise in den USA, aber auch im Vereinigten Königreich ganz gut. Und auch in den Schwellenländern, vor allem in China, brummt die Wirtschaft, sodass die deutschen Exporteure insgesamt ganz gut dastehen.
5. Welche Rolle spielt die Krise in der Ukraine? Die Krise in der Ukraine sorgt nach unserer Einschätzung für eine gewisse Unsicherheit. Das hat sich zum Beispiel in einer niedrigen Investitionstätigkeit niedergeschlagen, und zwar nicht nur in Deutschland, sondern auch im restlichen Europa. In der Folge haben die deutschen Produzenten von Investitionsgütern eine entsprechend geringere Nachfrage ihrer Produkte gesehen. Insofern hat das durchaus auf die deutsche Wirtschaft durchgeschlagen. Wir gehen aber davon aus, dass das nur ein temporärer Effekt war.
6. Mit welcher Inflationsrate rechnen Sie für Deutschland? Die Inflationsrate ist in diesem, aber auch im nächsten Jahr ausgesprochen niedrig. Vor allem die stark gesunkenen Ölpreise drücken auf die Zahlen. Entsprechend ist in der Kerninflation, also der um Energiepreise bereinigten Inflationsrate, der Rückgang nicht so ausgeprägt. Trotzdem haben wir sowohl im Jahr 2014, als auch im Jahr 2015 in Deutschland Inflationsraten von teilweise deutlich unter einem Prozent. Erst 2016 werden die Preissteigerungsraten wieder anziehen, weil der Ölpreiseffekt dann wieder abklingt.
7. Wo liegen die größten Risiken für die Konjunktur-entwicklung in Deutschland? Ein Risiko ist nach wie vor die wirtschaftliche Entwicklung im Euroraum. Beispielsweise haben wir in Griechenland jüngst gesehen, dass politische Unsicherheit durchaus wieder aufflammen kann. Das kann in der Folge auch die Wachstumsentwicklung, die zuletzt eigentlich nicht ungünstig verlief, wieder beeinträchtigen. Ein zweites Risiko ist, dass wir über den Prognosezeitraum sehr niedrige Ölpreise annehmen, weil das die aktuelle Markterwartung ist. Es ist aber nicht gesagt, dass die Ölpreise tatsächlich so niedrig bleiben, wie wir es unterstellen. Es ist gut denkbar, dass die Ölpreise stärker steigen, als in unseren Annahmen unterstellt wird, mit der Konsequenz, dass dann auch die wirtschaftliche Entwicklung etwas gedämpft wird, weil die Produktionskosten für die Unternehmen steigen.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview

Finanzpolitik: Handlungsbedarf erkennen – Maßnahmen ergreifen!

Von Kristina van Deuverden

Die Lage der öffentlichen Haushalte ist entspannt und wird es auch in den Jahren 2015 und 2016 bleiben – trotz einer leichten Eintrübung im kommenden Jahr. Der Gesamthaushalt dürfte in diesem Jahr mit einem Überschuss von 0,5 Prozent in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt abschließen; im kommenden Jahr sinkt er – vor allem aufgrund der Leistungsausweitungen bei der Rente – auf 0,1 Prozent und im Endjahr des Prognosezeitraums liegt er bei 0,4 Prozent. Die Schuldenstandsquote, die im Jahr 2010 bei über 80 Prozent lag, wird im Jahr 2016 auf 66,3 Prozent zurückgegangen sein. Zudem hat die Politik ihr prioritäres Ziel, einen ausgeglichenen Haushalt auf Bundesebene aufzustellen, mit dem Bundeshaushaltsplan 2015 erreicht. Ein ähnlich günstiges Bild boten die öffentlichen Finanzen zuletzt im Vorfeld der deutschen Vereinigung. Verglichen mit vielen anderen europäischen Ländern scheint die Lage in Deutschland geradezu rosig.

Daraus folgt aber nicht, dass die Finanzpolitik zurzeit alles richtig macht. Im Gegenteil: Gut aufgestellt sind die Haushalte nicht, die allgemeine Finanzlage profitiert enorm von Sonderfaktoren wie den niedrigen Zinsen auf die deutsche Staatsschuld. Die jüngsten finanzpolitischen Entscheidungen legen zudem einen Schwerpunkt auf konsumtive und nicht auf investive Ausgaben, finanzielle Spielräume werden verschenkt und Maßnahmen, die das potentielle Wirtschaftswachstum erhöhen, unterbleiben. Stattdessen werden strukturelle Überschüsse erwirtschaftet. Eine Politik, deren prioritäres Ziel die Stärkung der Wachstumskräfte ist, sieht anders aus.

Im vorliegenden Bericht wird die Entwicklung der öffentlichen Haushalte in Deutschland im Detail dargestellt. Diese Entwicklung beruht auf der im ersten Artikel dieser Ausgabe dargelegten gesamtwirtschaftlichen Vorhersage für die Jahre 2015 und 2016. Gleichzeitig ist die Entwicklung der öffentlichen Finanzen, vor allem aber die diskretionären Eingriffe des Staates, eine wesentliche Rahmenbedingung für die Konjunkturprognose.

Öffentliche Finanzen: Kassenlage alles in allem entspannt

Die Finanzlage des Staates ist entspannt und dies wird sie auch im Prognosezeitraum bleiben. Allerdings wird der Finanzierungssaldo im kommenden Jahr deutlich niedriger sein als in diesem.

Einnahmenentwicklung vorübergehend etwas gedämpft

Die Einnahmen werden im Jahr 2015 spürbar zulegen, allerdings mit merklich geringerem Tempo als in diesem Jahr. Die Steuereinnahmen dürften um lediglich 2,7 Prozent expandieren, nach 3,3 Prozent im Jahr 2014.¹ Dabei steigt die Lohnsteuer nach wie vor kräftig. Zwar lässt der Beschäftigungsaufbau vorerst etwas nach, dafür nehmen aber die Pro-Kopf-Löhne kräftig zu. Zudem fallen trotz der geringen Teuerung progressionsbedingt höhere Mehreinnahmen an als in den Jahren 2013 und 2014, als dieser Effekt durch eine merkliche Anhebung des Grundfreibetrags gedämpft wurde (Tabelle 1). Im Jahr 2016 dürften die Löhne je Beschäftigten zwar nicht mehr ganz so stark steigen, dafür ist jedoch der Beschäftigungsaufbau etwas höher. Alles in allem wird die Lohnsteuer in den Jahren 2014 bis 2016

¹ Für einen Überblick über die hier genannten Zahlen vgl. Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland in dieser Ausgabe.

jährlich um rund fünf Prozent zunehmen.² Mit einer deutlich geringeren Dynamik als im Jahr 2014 werden im kommenden Jahr die Gewinnsteuern expandieren, weil sich die schwache Entwicklung der Gewinne in den Vorjahren niederschlägt. Mit der Veranlagung gewinnstärkerer Jahre werden die direkten Steuern im Jahr 2016 dann kräftiger zulegen.

Auch die indirekten Steuern steigen im kommenden Jahr vorübergehend etwas schwächer.³ Zwar gewinnen die Steuern vom Umsatz im Zug der sich ausweitenden nominalen Konsumnachfrage im Prognosezeitraum zunehmend an Dynamik, die anderen indirekten Steuern expandieren aber nur wenig. Zudem werden die Einnahmen aus der Tabaksteuer im kommenden Jahr trotz der Steuererhöhung zu Beginn des Jahres aufgrund von Vorzieheffekten spürbar zurückgehen.⁴

Die Sozialbeiträge dürften im kommenden Jahr mit der gleichen Dynamik steigen wie in diesem Jahr. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wird – wenn auch mit nachlassendem Tempo – weiter ausgeweitet und die Lohnzuwächse dürften etwas stärker sein. Der kumulierte Beitragssatz zur Sozialversicherung ändert sich im kommenden Jahr nicht. Zwar wird der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung zurückgeführt und der durchschnittliche Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung sinkt leicht, allerdings steigt der Beitragssatz zur Pflegeversicherung. Die Rente ab 63 Jahren wird hingegen mit Beitragsmindereinnahmen

2 In finanzstatistischer Abgrenzung, entwickelt sich die Lohnsteuer im Jahr 2015 dagegen deutlich schwächer, denn in diesem Jahr dürfte ein EuGH-Urteil zu höheren Kindergeldausgaben führen.

3 Zurzeit ist die Kernbrennstoffsteuer Gegenstand zweier juristischer Verfahren. Vor dem EuGH ist ein Verfahren anhängig, in dem geklärt wird, ob die Steuer mit dem europäischen Wettbewerbsrecht vereinbar ist. Den beiden klagenden Kraftwerksbetreibern sind im Mai 2014 die bisher entrichteten Steuern rückerstattet worden und beide Unternehmen zahlen bis auf weiteres keine Kernbrennstoffsteuer. Weist der EuGH die Klage zurück, steht ein zweites Rechtsverfahren an; das Bundesverfassungsgericht hat zu entscheiden, ob die Steuer verfassungsgemäß ist. In dieser Prognose ist unterstellt, dass der EuGH zu Gunsten des deutschen Fiskus entscheidet wird und dass das Bundesverfassungsgericht die Steuer im Jahr 2016 für rechtmäßig erklären wird. In diesem Fall werden die rückerstatteten und zurzeit nicht entrichteten Steuerzahlungen der beiden, vor dem EuGH klagenden, Unternehmen im Jahr 2016 kassenwirksam. Im Fall, dass die Steuer für verfassungswidrig erklärt wird, besteht für den Bundeshaushalt ein Risiko von insgesamt sieben Milliarden Euro. In Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden die kassenmäßigen Auswirkungen auf die Steuereinnahmen, die die laufende juristische Auseinandersetzung hat, nicht erfasst. Die im Mai erfolgten Rückzahlungen werden nicht gebucht und die bis zum endgültigen Urteil verringerten Zahlungen werden fiktiv heraufgesetzt. Falls die Gerichte abschließend zu Ungunsten des deutschen Fiskus entscheiden sollten, erfolgt zu dem Zeitpunkt des Urteils eine Erfassung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen – und zwar als geleisteter Vermögenstransfer.

4 Der Grund sind Vorzieheffekte im Vorfeld der ersten Tabaksteuererhöhungsstufe; gegen Ende des Jahres 2011 waren besonders viele Steuerzeichen verkauft worden. Dies wiederholte sich gegen Ende eines jeden Jahres, da zu Beginn des darauf folgenden Jahres eine weitere Steuererhöhung folgte – letztmalig gegen Ende des Jahres 2014; im Jahr 2015 dürften aus diesem Grund deutlich weniger Zigaretten versteuert werden.

Tabelle 1

Finanzpolitische Maßnahmen¹

Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (–) in Milliarden Euro gegenüber 2013

	2014	2015	2016
Alterseinkünftegesetz	-1,1	-2,3	-3,6
Erhöhung des Grundfreibetrags	-1,6	-1,8	-1,8
Erhöhung der Tabaksteuer	0,2	0,4	0,4
Jahressteuergesetz 2013	-0,0	-0,8	-0,9
Sonstige steuerliche Maßnahmen ²	-0,5	-0,5	-0,5
Schrittweise Abschaffung der Eigenheimzulage	0,4	0,5	0,5
Zusätzliche Ausgaben des Bundes für Verkehrsinfrastrukturinvestitionen	-0,5	-1,2	-1,2
Ausgaben zur Beseitigung von Flutschäden	-1,0	-2,0	-1,0
Zusätzliche investive Ausgaben des Bundes ³	0,3	-1,1	-1,2
Betreuungsgeld	-0,6	-0,6	-0,6
Erhöhung der Bafög-Leistungen			-0,1
Senkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung zum 01.01.2015 um 0,2 Prozentpunkte		-3,9	-4,0
Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung zum 01.01.2015 um 0,3 Prozentpunkte		3,8	3,9
Senkung des Zusatzbeitrags zur Gesetzlichen Krankenversicherung zum 01.01.2015 um 0,1 Prozentpunkte		-1,2	-1,2
Erhöhung des Zusatzbeitrags zur Gesetzlichen Krankenversicherung zum 01.01.2016 um 0,1 Prozentpunkte			1,2
Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung ⁴	-4,2	-10,4	-10,6
Gesetz zur Neuausrichtung der Sozialen Pflegeversicherung	-0,2	-1,0	-1,0
Honorarerhöhung bei niedergelassenen Ärzten	-0,7	-1,6	-2,2
Insgesamt	-9,5	-23,8	-23,9
In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in Prozent	-0,3	-0,8	-0,8

¹ Ohne makroökonomische Rückwirkungen, ohne Maßnahmen im Zusammenhang mit der Banken- und EU-Schuldenkrise.

² Urteil zum Ehegattensplitting bei eingetragenen Lebensgemeinschaften, Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz, Gesetz zur Änderung und Vereinfachung der Unternehmensbesteuerung und des steuerlichen Reisekostenrechts, Strompreiskompensation.

³ Aufstockung der Kita-Ausgaben im Zuge der Verhandlungen über den Fiskalpakt, Aufstockung der Kita-Ausgaben aufgrund des Koalitionsvertrages.

⁴ Mütterrente, abschlagsfreier Rentenzugang ab 63 Jahren für Versicherte mit mindestens 45 Beitragsjahren, Lebensleistungsrente, Änderungen bei der Rente wegen Erwerbsunfähigkeit, Änderungen bei den Leistungen für Rehabilitation.

Quellen: BMF; Berechnungen und Schätzungen des DIW Berlin.

verbunden sein, da Personen früher aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Im Jahr 2016 werden die Sozialbeiträge dann etwas weniger zulegen. Zwar dürfte der kumulierte Beitragssatz zur Sozialversicherung leicht zunehmen, da immer mehr Krankenversicherungen den Zusatzbeitrag werden anheben müssen,⁵ die Lohnentwicklung ist aber etwas schwächer als im Vorjahr.

Die übrigen Einnahmen des Staates werden im kommenden Jahr ebenfalls weniger dynamisch zunehmen

5 Die zweite Stufe der Pflegeversicherungsreform ist für diese Legislaturperiode geplant. Möglicherweise wird sie zu Beginn des Jahres 2016 umgesetzt; dann würde der Beitragssatz zu Beginn des Jahres um 0,2 Prozentpunkte angehoben. Dies ist in dieser Prognose nicht unterstellt. Da zu gleicher Zeit aber auch die Leistungen der Pflegeversicherung ausgeweitet werden, hätten die Maßnahmen keine Auswirkungen auf den Finanzierungssaldo.

als in diesem Jahr. Im laufenden Jahr war der vom Staat vereinnahmte – und im vergangenen Jahr erwirtschaftete – Bundesbankgewinn relativ hoch; im kommenden Jahr wird dieser wohl wieder etwas niedriger sein. Zudem wurden viele Schenkungen in das Jahr 2014 vorgezogen, da die unter bestimmten Voraussetzungen steuerfreie Übertragung von Vermögensteilen für verfassungswidrig erklärt werden könnte.⁶ Im kommenden Jahr dürften noch einige dieser Fälle abgearbeitet werden, danach wird das bei den empfangenen Vermögensübertragungen berichtete Erbschaftsteueraufkommen deutlich geringer sein. Nach dem Wegfall der dämpfenden Faktoren nehmen die übrigen Einnahmen im Jahr 2016 etwas stärker zu.

Alles in allem werden die Einnahmen im Jahr 2015 um 2,8 Prozent, nach 3,5 Prozent in diesem Jahr, expandieren. Im Jahr 2016 steigen sie um 3,4 Prozent.

Ausgaben steigen kräftig

Im kommenden Jahr werden die Ausgaben deutlich stärker als die Einnahmen steigen und auch im Jahr 2016 dürfte die Ausgabedynamik hoch sein. Dabei nehmen insbesondere die konsumtiven Ausgaben nach wie vor kräftig zu. Die gute Kassenlage führt zu einer hohen Dynamik bei den Vorleistungskäufen, die im Prognosezeitraum um gut vier Prozent zulegen werden. Besonders kräftig werden die Ausgaben für soziale Sachleistungen steigen. Technologisch-medizinischer Fortschritt, die alternde Bevölkerung sowie Kosten- und Preissetzungsspielräume in diesem Bereich führen zu einer hohen Dynamik. Im Jahr 2015 werden in der Pflegeversicherung zudem die Leistungen ausgeweitet.⁷ Auch die Arbeitnehmerentgelte des Staates steigen spürbar. Für die Länder stehen zu Beginn des Jahres 2015 Neuverhandlungen der Löhne an, und für die Bediensteten von Bund und Ländern werden die Tarifverdienste im März angehoben. Der Tarifvertrag der Länder läuft zu Beginn des Jahres 2016 aus. Für die noch ausstehenden Verhandlungen ist angenommen, dass die Lohnabschlüsse etwas unter dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt bleiben. Die Arbeitnehmerentgelte werden unter dieser Annahme wie bereits im Jahr 2014 auch im weiteren Prognosezeitraum um jeweils gut drei Prozent und damit deutlich stärker als im langjährigen Durchschnitt zunehmen.

Die monetären Sozialleistungen expandieren im Jahr 2014 kräftig. Dazu tragen vor allem die Leistungsausweitungen bei, auch wenn die Maßnahmen schleppend

angelaufen zu sein scheinen. Die mit der Ausweitung der Mütterrente verbundenen Auszahlungen dürften jedoch noch im Lauf des Jahres nachgezahlt werden. Die Rente ab 63 wird hingegen wohl erst vom Zeitpunkt der Antragsgewährung die Rentenkassen belasten. Es zeichnet sich ab, dass von der Möglichkeit eines vorzeitigen Renteneintritts rege Gebrauch gemacht wird und die ursprünglich angesetzten Kosten zu gering sein dürften.⁸ Alles in allem ist in dieser Prognose angenommen, dass die mit dem Rentenpaket beschlossenen Maßnahmen in diesem Jahr zu Mehrausgaben von gut vier Milliarden Euro, bei voller Jahreswirkung im kommenden Jahr dann von knapp zehn Milliarden Euro führen werden.⁹ Die monetären Sozialleistungen werden damit auch im Jahr 2015 merklich steigen. In der zweiten Jahreshälfte wird die Entwicklung hingegen dadurch gebremst, dass die jährliche Rentenanpassung trotz der guten Lohnentwicklung im Vorjahr bei nur 1,6 Prozent liegen wird. Der Grund sind die methodischen Änderungen der Statistik: Da weitere Personenkreise – vor allem solche mit geringen Löhnen¹⁰ – nun zu den Erwerbstätigen gezählt werden, entwickeln sich die Bruttolöhne je Arbeitnehmer nach der Revision deutlich schwächer als zuvor. An der Entwicklung dieser Größe orientiert sich die jährliche Rentenanpassung vorläufig. Letztlich sind aber die sozialversicherungspflichtigen Entgelte für die Anpassung maßgeblich, so dass die Rentenanpassung ein Jahr später, wenn diese Daten vorliegen, korrigiert wird. Mitte 2016 werden die Renten daher kräftig steigen, voraussichtlich um 4,6 Prozent.

Die Entwicklung der sonstigen laufenden Transfers wird stark durch die EU-Eigenmittel beeinflusst. Im kommenden Jahr dürften diese deutlich höher sein als in diesem Jahr, im Jahr 2016 gehen sie hingegen merklich zurück. Eine Neuberechnung der EU-Eigenmittel auf Grundlage der revidierten Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen steht zurzeit noch aus; sie soll bis zum Jahr 2016 abgeschlossen sein. Die Zahlungen an die EU werden dann rückwirkend korrigiert. Ob Deutschland dann höhere Beiträge an die EU überweisen muss oder nicht, ist zurzeit nur schwer abzuschätzen; es spricht allerdings einiges dafür.

Die Zinsausgaben des Staates gehen im Jahr 2014 nochmals erheblich zurück. Noch immer ist das Zinsniveau relativ niedrig und noch immer profitiert der Staat davon, an den Finanzmärkten als „sicherer Hafen“ zu gel-

⁶ Das Bundesverfassungsgericht hat sein Urteil für den 17. Dezember 2014 angekündigt.

⁷ Tritt – entgegen der hier getroffenen Annahmen – die nächste Stufe des Pflegeverstärkungsgesetzes bereits im Jahr 2016 in Kraft, expandieren die sozialen Sachleistungen dann kräftiger.

⁸ Vielfach war davon ausgegangen worden, dass die Regelung jahresdurchschnittlich im Jahr 2014 von 100 000 Personen, davon 11 000 Arbeitslosen, in Anspruch genommen werden würden. Bis November waren 163 000 Anträge auf die Rente ab 63 eingegangen.

⁹ Hinzu kommen geringere Einnahmen bei den Sozialbeiträgen von einer halben Milliarde Euro bei voller Jahreswirkung.

¹⁰ Unter anderem Beschäftigte in Behindertenwerkstätten, Teilnehmer an einem freiwilligen sozialen oder ökologischen Jahr.

Tabelle 2

Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren¹

In Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben			Finanzierungs- saldo	nachrichtlich: Zinssteuer- quote ²	Schuldenstand nach Maastricht
	insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:				
		Steuern	Sozialbeiträge		Zinsausgaben	Brutto- investitionen			
2000 ³	45,7	23,2	18,1	47,1	3,1	2,3	-1,4	13,5	58,7
2001	43,8	21,5	17,8	46,9	3,0	2,3	-3,1	14,0	57,5
2002	43,4	21,0	17,9	47,3	3,0	2,2	-3,9	14,1	59,2
2003	43,7	21,1	18,1	47,8	2,9	2,1	-4,1	13,8	62,9
2004	42,6	20,6	17,7	46,3	2,8	2,0	-3,7	13,6	64,6
2005	42,8	20,8	17,4	46,1	2,8	1,9	-3,3	13,3	66,8
2006	43,0	21,6	16,9	44,6	2,7	1,9	-1,5	12,6	66,3
2007	43,1	22,4	16,1	42,7	2,7	1,9	0,3	11,9	63,5
2008	43,5	22,7	16,1	43,5	2,7	2,0	0,0	11,8	64,9
2009	44,4	22,4	16,9	47,4	2,6	2,3	-3,0	11,8	72,4
2010 ⁴	43,1	21,4	16,5	47,3	2,5	2,3	-4,2	11,5	80,3
2011	43,7	22,0	16,4	44,6	2,5	2,3	-0,9	11,3	77,6
2012	44,3	22,5	16,5	44,2	2,3	2,3	0,1	10,2	79,0
2013	44,5	22,7	16,6	44,3	2,0	2,2	0,1	8,8	76,9
2014	44,5	22,7	16,6	44,0	1,7	2,2	0,5	7,6	73,0
2015	44,2	22,5	16,6	44,1	1,6	2,2	0,1	7,1	69,5
2016	44,2	22,6	16,6	43,8	1,5	2,2	0,4	6,5	66,3

¹ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.² Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steueraufkommen.³ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von UMTS-Lizenzen (50,8 Milliarden Euro).⁴ Ohne Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen (4,4 Milliarden Euro).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin; 2014, 2015 und 2016: Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

ten. In der Prognose des DIW Berlin ist unterstellt, dass die Kapitalmarktzinsen für deutsche Staatspapiere im kommenden Jahr nochmals deutlich geringer als im Jahr 2014 sind und erst im Jahr 2016 allmählich steigen.¹¹ Die Zinsausgaben des Staates werden von daher nochmals sinken.

Die Investitionsausgaben des Staates steigen im Prognosezeitraum etwas stärker als im Jahr 2014. Zum einen ist die Finanzlage der Kommunen, dem Hauptinvestor der öffentlichen Hand, relativ gut und wird sich weiter verbessern. Zum anderen laufen nach und nach die von der Politik beschlossenen Mehrausgaben bei den Investitionen an. In den Jahren 2014 und 2015 werden zudem Mittel aus dem Fluthilfefonds verbaut. Die Bruttoinvestitionen des Staates nehmen im Jahr 2015 um 3,5 Prozent zu, nach 1,8 Prozent in diesem Jahr; im Jahr 2016 dürften sie um 4,0 Prozent expandieren. Alles in allem werden die Ausgaben im Jahr 2015 um 3,6 Prozent steigen, nach 2,6 Prozent im Jahr 2014. Im Jahr 2016 nehmen sie um 2,8 Prozent zu.

Weiterhin Überschüsse

Der öffentliche Gesamthaushalt dürfte in diesem wie auch in den beiden kommenden Jahren mit einem Überschuss abschließen. Im nächsten Jahr liegt dieser aber bei lediglich 0,1 Prozent in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt (Tabelle 2). Auch wenn die Einnahmen im kommenden Jahr etwas weniger dynamisch steigen als im Vorjahr: Die Verschlechterung des Finanzierungssaldos geht zum großen Teil auf Mehrausgaben zurück, insbesondere bei der gesetzlichen Rentenversicherung. Im Jahr 2016 wird der Überschuss dann bei 0,4 Prozent liegen.

Finanzpolitik: Wachstumskräfte stärken!

Der konjunkturelle Einbruch Ende des Jahres 2008 und die Krise im Bankensektor trieben die öffentlichen Haushalte tief ins Minus. Bereits im Jahr 2011 verbesserte sich die Lage allerdings spürbar und seit dem Jahr 2012 schließt der öffentliche Gesamthaushalt mit einem Überschuss ab. Strukturell, also um konjunkturelle Einflüsse bereinigt, werden seit dem Jahr 2013 schwarze Zahlen geschrieben. Im Jahr 2014 wird der strukturelle Überschuss in Relation zum nominalen Bruttoin-

¹¹ Vgl. Tabelle 2 im ersten Bericht in dieser Ausgabe.

Tabelle 3

Produktionspotential, Bruttoinlandsprodukt, Produktionslücke, Strukturkomponente des Finanzierungssaldos des Staates¹

	Produktionspotential	Bruttoinlandsprodukt	Produktionslücke	Finanzierungssaldo Strukturkomponente
	Milliarden Euro			In Prozent
2008	2 501,3	2 558,0	56,7	-1,3
2009	2 566,8	2 456,7	-110,1	-0,6
2010	2 610,1	2 576,2	-33,9	-3,5
2011	2 667,4	2 699,1	31,7	-1,5
2012	2 739,9	2 749,9	10,0	-0,1
2013	2 833,1	2 809,5	-23,6	0,6
2014	2 925,9	2 905,0	-21,0	0,9
2015	3 027,8	3 005,1	-22,7	0,5
2016	3 120,2	3 105,5	-14,7	0,6

¹ In nominaler Rechnung.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

landsprodukt bei 0,9 Prozent liegen und im Jahr 2016 bei 0,6 Prozent (Tabelle 3). Die Schuldenstandsquote, die im Jahr 2010 auf über 80 Prozent gestiegen war, ist merklich gesunken. Am Ende des Prognosezeitraums wird sie auf 66,3 Prozent zurückgegangen sein und sich somit der 60-Prozent-Marke des Stabilitäts- und Wachstumspakts weiter annähern.

Damit zeigt sich alles in allem ein positives Bild der öffentlichen Finanzen. Das bedeutet aber nicht, dass die Politik zurzeit alles richtig macht. Eine Politik, die die Wachstumskräfte der Wirtschaft stärkt, findet zurzeit zu wenig statt. Stattdessen fokussiert sich die Finanzpolitik zu allererst auf einen ausgeglichenen Bundeshaushalt.

Der Bundeshaushalt und die „Schwarze Null“

Der Plan liegt vor, die „Schwarze Null“ steht auf dem Papier. Sie ist allerdings in nicht unerheblichem Maße Sonderfaktoren zu verdanken. So sind die Zinsausgaben in den vergangenen Jahren kräftig gesunken. Das Zinsniveau ist zurzeit niedrig, und der Bund profitiert davon, dass viele Kapitalgeber deutsche Staatspapiere als sichere Anlagen ansehen. Dieser *Safe-Haven-Effekt* wird aber nicht von Dauer sein. Auch wenn steigende Zinsen die Zinsausgaben nur nach und nach zunehmen lassen, kann die Belastung der Haushaltskasse schnell steigen.¹²

¹² Das Umschuldungsvolumen des Bundes dürfte im Jahr 2014 bei voraussichtlich 207 Milliarden Euro liegen; ein um einen Prozentpunkt höherer Zinssatz hätte damit zu Mehrausgaben von zwei Milliarden Euro geführt.

Außerdem ist der Bundeshaushalt 2015 nur deshalb ausgeglichen, weil Einnahmen aus der Kernbrennstoffsteuer in Höhe von 1,2 Milliarden Euro eingeplant werden¹³ und weil der Zuschuss an den Gesundheitsfonds gekürzt ist.

Die mittelfristige Finanzplanung – auch in den Jahren 2016 bis 2018 soll der Bundeshaushalt mit einer „Null“ abschließen – ist zudem eng kalkuliert. Trotzdem greift die Planung noch immer auf globale Minderausgaben – insgesamt drei Milliarden Euro – zurück. Hält die Politik an dem Ziel eines ausgeglichenen Bundeshaushalts fest, müssen zudem die jüngst angekündigten investiven Mehrausgaben in der laufenden Legislaturperiode von sieben Milliarden Euro gegenfinanziert werden.¹⁴

Alles in allem: Der Bundeshaushalt ist ausgeglichen, gut aufgestellt ist er nicht.

Wirtschaftspolitik nicht über die Sozialversicherungen finanzieren

Der Bund hat sich im Lauf der Zeit immer wieder auf Kosten der Sozialkassen finanziert, vor allem dann, wenn deren Finanzlage entspannt war. In den vergangenen Jahren wurde der Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit zuerst gekürzt, schließlich gestrichen. Im Jahr 2014 wurde der Zuschuss an den Gesundheitsfonds um 3,5 Milliarden und im Jahr 2015 um 2,5 Milliarden reduziert. Noch stärker hat der Bund nun bei der Gesetzlichen Rentenversicherung eingegriffen – auch wenn er nicht (direkt) die Zuschüsse gekürzt hat.

Wohl auch, weil eigene finanzielle Haushaltsspielräume nicht gesehen wurden, die Politik ohne solche Spielräume eigene Prioritäten aber nur sehr eingeschränkt setzen kann, dürfte das Rentenpaket auf den Weg gebracht worden sein. Die größten Volumina haben die Ausweitung der Mütterrente und die Rente ab 63.¹⁵

¹³ Aufgrund juristischer Auseinandersetzungen entrichtet zurzeit lediglich ein Unternehmen Kernbrennstoffsteuer. Die Einnahmen dürften deutlich hinter der amtlichen Steuerschätzung zurückbleiben; in der Prognose des DIW Berlin sind Einnahmen von 600 Millionen Euro im Jahr 2015 unterstellt. Für die mittelfristige Finanzplanung besteht zudem das Risiko, dass die Steuer in letzter Instanz für verfassungswidrig erklärt wird. In diesem Fall müsste der Bund die bis dahin vereinnahmte und nicht erstattete Kernbrennstoffsteuer zurückzahlen; dies würde den Bundeshaushalt im Jahr 2016 kassenmäßig mit dreieinhalb Milliarden Euro belasten.

¹⁴ Angekündigt wurde ein Volumen von zehn Milliarden Euro in dieser Legislaturperiode. Die bisher veranschlagten globalen Minderausgaben müssen aber gegengerechnet werden. Die tatsächlichen Mehrausgaben liegen daher bei sieben Milliarden Euro.

¹⁵ Bei Müttern wird die monatliche Rente nun auch dann aufgestockt, wenn die Kinder vor 1992 geboren worden sind. Zurzeit wird die Rente pro Kind im Westen um 28,61 Euro im Monat und im Osten um 26,39 Euro im Monat erhöht. Zudem können Versicherte, die mindestens 45 Beitragsjahre aufweisen, bereits ab 63 Jahren ohne Abschläge vorzeitig in den Ruhestand treten.

Sicherlich gibt es Gründe dafür, die Leistung von Müttern bei der Kindererziehung anzuerkennen.¹⁶ Die Mütterrente ist aber überwiegend eine verteilungspolitische Maßnahme, die im System der Sozialversicherungen eine versicherungsfremde Leistung darstellt. Daher sollte sie über Steuern, die nach der Leistungsfähigkeit entrichtet werden, finanziert werden – und nicht durch Sozialbeitragszahlungen, die nur von einem Teil der Bevölkerung getragen werden. Dies hat die Politik de facto auch anerkannt: Im Jahr 1999 führte sie einen Bundeszuschuss ein, mit dem die Aufwendungen der Rentenversicherung für die Mütterrente pauschal abgegolten werden. Dieser Zuschuss ist bei der jetzigen Leistungsausweitung aber nicht erhöht worden.¹⁷

Auch die Rente ab 63 ist mit hohen Mehrausgaben verbunden, die ebenfalls von den sozialversicherungspflichtig Versicherten finanziert werden müssen. Zudem führt sie dazu, dass die Rentenanpassung geringer ausfällt und damit das Rentenniveau sinkt. Dieses Niveau geht aber ohnehin deutlich zurück. Nach neuesten Schätzungen dürfte das Sicherungsniveau im Jahr 2028 bis auf 44,4 Prozent gesunken sein¹⁸ – auch weil die Leistungen ausgeweitet worden sind.

Vor allem aber hat die Politik mit dieser Regelung eine Abkehr von der Rentenpolitik der vergangenen Jahre vollzogen. Aufgrund der demographischen Herausforderungen wird das gesetzliche Renteneintrittsalter nach und nach angehoben. Die Rente ab 63 ist das genaue Gegenteil, mit der Folge, dass das Erwerbspotential sinkt. Außerdem liegt der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung wegen des Rentenpakets in diesem und in den kommenden Jahren um sechs Zehntelprozentpunkte höher als er ohne diese Maßnahme liegen könnte; das Rentenpaket hat also zudem höhere Lohnnebenkosten zur Folge. Der Verteilungspolitik zugunsten einer kleinen Gruppe wird so der Vorrang vor einer gesamtwirtschaftlich ausgerichteten Wachstumspolitik eingeräumt.

„Schwarze Null“ macht ökonomisch wenig Sinn

Zum ersten Mal seit 1969 ist der Bundeshaushalt ausgeglichen – wenn auch mit den genannten Abstrichen. Dies ist ein Erfolg. Ein ausgeglichener Haushalt ist aber kein Wert an sich, er bildet lediglich eine – gute – Basis für eine gestaltende Politik.

Dabei steht außer Zweifel, dass Finanzpolitik nachhaltig sein sollte. Dazu ist es notwendig, die öffentlichen Finanzen über einen Konjunkturzyklus hinweg – in etwa – auszugleichen. In den neueren fiskalischen Regeln, der deutschen Schuldenbremse oder dem europäischen Fiskalpakt, wird diesem Gedanken Rechnung getragen. Erstere zielt darauf, das strukturelle Defizit des Bundes auf maximal 0,35 Prozent in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt zu begrenzen und den Ländern eine strukturelle Verschuldung zu verbieten. Der Fiskalpakt lässt eine strukturelle Verschuldung von 0,5 Prozent für den Gesamtstaat zu.¹⁹

Die Ausrichtung der fiskalischen Regeln auf strukturelle Entwicklungen hat einen guten Grund. Ein in jedem Jahr ausgeglichener Haushalt bedeutet, dass die Finanzpolitik in der Regel prozyklisch ausgestaltet sein muss; sie verstärkt also die konjunkturellen Schwankungen.

Da die deutsche Wirtschaft zurzeit unterausgelastet ist, sind die derzeitigen Überschüsse im Gesamthaushalt struktureller Natur – und auch ein ausgeglichener Bundeshaushalt spiegelt einen strukturellen Überschuss wider. Vielfach werden strukturelle Überschüsse sogar gefordert. Begründet wird dies damit, dass die Bereinigungsverfahren die konjunkturelle Situation falsch einschätzen könnten und dann die Gefahr bestünde, dass die Politik zu einem falschen Zeitpunkt zu einem harten Konsolidierungskurs gezwungen wäre. Darum sei es notwendig, Puffer zu schaffen. Die Verfahren zur konjunkturellen Bereinigung sind sicher alles andere als fehlerfrei; Korrekturen sind nicht nur möglich, sondern sogar wahrscheinlich. Allerdings müssten, solange die Projektionen nicht systematisch verzerrt sind, die Verfahren zu einem im Durchschnitt korrekten Ergebnis kommen.

Bei allen Bedenken, dass die strukturelle Position des Bundeshaushalts aufgrund der genannten Sonderfaktoren nicht richtig abgebildet wird und bei allen Zweifeln an dem verwendeten Verfahren: strukturelle Überschüsse sind ein Systemfehler. Lediglich wenn die Staatsverschuldung in absoluten Beträgen zurückgeführt werden

¹⁶ Für eine ausführliche Diskussion des Rentenpakets vgl. Feld, L. et al. (2014): Rentenpaket: die Bundesregierung auf Irrwegen. Wirtschaftsdienst, 8/2014, 553–559.

¹⁷ Eine stufenweise Erhöhung ist mit dem Verweis auf knappe Kassen perspektivisch erst ab dem Jahr 2019 in Aussicht gestellt worden.

¹⁸ Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Rentenversicherungsbericht 2014. Das Sicherungsniveau setzt die Rente eines Standardrentners mit 45 Versicherungsjahren in Relation zum durchschnittlichen Arbeitnehmerentgelt vor Steuern. Dabei dürften die wenigsten Rentner 45 Beitragsjahre aufweisen und viele Rentner hätten während ihres Erwerbslebens unterdurchschnittliche Einkommen; damit dürften nicht wenige Rentner Gefahr laufen, trotz vieler Beitragsjahre nur noch wenig mehr als das Grundsicherungsniveau zu erhalten.

¹⁹ Der schon etwas ältere Stabilitäts- und Wachstumspakt knüpft zwar am laufenden Finanzierungssaldo an, zielt aber auch nicht auf einen ausgeglichenen Haushalt sondern definiert eine Defizitobergrenze, die nicht überschritten werden soll.

muss, sind sie angemessen. Bei einer Schuldenstandsquote von 66,3 Prozent spricht dafür aber nichts. Ein struktureller Überschuss bedeutet, dass die Belastung der Wirtschaft mit Abgaben höher ist, als sie für das gewählte Ausgabenniveau sein müsste. Das dämpft das Wirtschaftswachstum.²⁰

Voraussetzung dafür schaffen, dass Gelder in die richtige Verwendung fließen

Es ist wichtig, Prioritäten richtig zu setzen; der Schwerpunkt sollte bei investiven Ausgaben liegen, konsumtive sollten hingegen reduziert werden. Im Wege der qualitativen Konsolidierung kann hier noch viel erreicht werden. Zudem sollten die vorhandenen haushaltspolitischen Spielräume genutzt werden, die Möglichkeiten für ein höheres Wirtschaftswachstum zu verbessern.

Das bedeutet aber auch, dass die Gelder dort ankommen müssen, wo diese Ausgaben getätigt werden. Dabei ist die Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen entscheidend; diese steht schon länger auf der Tagesordnung. Es geht aber um mehr als um das Hin- und Herschieben von Finanzmitteln. Es geht darum, dafür zu sorgen, dass die Aufgaben, Ausgaben und Einnahmen an der richtigen Stelle zusammenkommen. So war es beispielsweise richtig, dem Bund mehr Möglichkeiten bei der Finanzierung von Hochschulen einzuräumen: Bildung hat deutschlandweit Wirkungen; damit besteht tendenziell die Gefahr, dass die Länder ein zu geringes Angebot an diesen Gütern bereitstellen.

Zurzeit verhandeln Bund und Länder über die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen, denn der Länderfinanzausgleich muss bis zum Jahr 2020 neu geregelt sein. Ab diesem Jahr gilt für die Länder auch die Schuldenbremse; sie dürfen sich dann nicht mehr strukturell verschulden. Damit kommt der Mittelausstattung nach Länderfinanzausgleich eine noch größere Bedeutung zu als bisher. Da die Länder auf der Einnahmenseite nur wenig Gestaltungsspielraum haben, könnten vor allem die finanzschwachen Länder zu radikalen Einschnitten gezwungen sein. Im Hinblick auf den

in Deutschland bestehenden Investitionsbedarf könnte dies fatale Auswirkungen haben.²¹

Der Hauptinvestor der öffentlichen Hand sind die Kommunen. Diese erwirtschaften seit einigen Jahren insgesamt Überschüsse, so dass mehr und mehr eine sogenannte freie Spitze für Investitionen zur Verfügung steht. Die Finanzlage einzelner Kommunen ist dabei allerdings recht unterschiedlich. Solchen mit hohen Überschüssen stehen solche mit hohen Defiziten gegenüber – und es sind vor allem die finanzschwachen Gemeinden, in denen sich der Investitionsbedarf aufgestaut hat.

Finanzschwache Kommunen hängen in erheblichem Maß von den Zuweisungen ihres Landes ab. Damit haben Länder mit vielen finanzschwachen Kommunen aber auch einen größeren Ausgabebedarf. Für den Länderfinanzausgleich wird die kommunale Finanzkraft zurzeit aber nur teilweise anerkannt. Eine vollständige Berücksichtigung würde den finanzschwachen Ländern die Mittel zukommen lassen, die sie für die Zuweisungen an ihre Kommunen brauchen.²² So käme das Geld dort an, wo der Investitionsbedarf besonders hoch ist.

Fazit

Die Finanzpolitik steht – noch immer – vor großen Herausforderungen, auch weil die demographische Entwicklung die mittel- bis langfristigen Wachstumsperspektiven stark belastet; das kann auch eine wie in den vergangenen Jahren erfreulich hohe Zuwanderung lediglich abmildern.

In einem solchen Umfeld sollte die Politik der Erhöhung des potenziellen Wachstums noch mehr als sonst Priorität einräumen. Die jüngsten Entscheidungen der Finanzpolitik weisen aber zu einem großen Teil in die andere Richtung. Zudem sind die angekündigten Mehrausgaben für Investitionen gering und bleiben weit hinter dem Volumen der zusätzlichen Transferausgaben zurück. Die in den vergangenen Jahren erarbeiteten Spielräume hat die Politik zu einem großen Teil vergeben, die verbleibenden sollte sie jetzt nutzen.

²⁰ Dies ist kein Widerspruch dazu, dass die Finanzpolitik gemessen an den diskretionären Maßnahmen zurzeit expansiv ausgerichtet ist. Eine Beurteilung der Finanzpolitik mithilfe der Messung diskretionärer Maßnahmen und der strukturellen Bereinigung kann zu unterschiedlichen Ergebnissen führen, vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2014): Deutsche Wirtschaft stagniert – jetzt Wachstumskräfte stärken. Abschnitt zur Finanzpolitik, Berlin.

²¹ In Deutschland hat sich ein großer Investitionsbedarf aufgestaut, auch im öffentlichen Bereich. Vgl. Bach, S., et.al.: Wege zu einem höheren Wachstumspfad. DIW Wochenbericht Nr. 26/2013.

²² Vgl. Bickmann, M., van Deuverden, K.: Länderfinanzausgleich vor der Reform: eine Bestandsaufnahme. DIW Wochenbericht Nr. 28/2014, 671–682.

FISCAL POLICY: REALIZE THE NEED FOR ACTION – TAKE MEASURES!

Abstract: The situation of public budgets is relaxed and will remain so in the years 2015 and 2016 – despite a slight weakening in the coming year. In 2014, the overall budget is estimated to show a surplus of 0.5 percent relative to nominal gross domestic product; next year the surplus will shrink to 0.1 percent – mainly due to the increased pension payments – and in 2016 it will reach 0.4 percent. The debt ratio, which was over 80 percent in 2010, will have decreased to 66.3 percent in 2016. Furthermore policy met its prioritized objective of establishing a balanced budget at the federal level for the year 2015. In sum: Public finances have not appeared in such a favorable manner since before German unification. Compared to many other European countries, the situation in Germany looks bright.

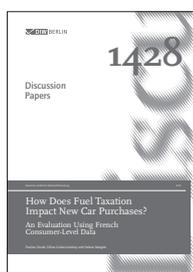
It does not follow, however, that everything about current German fiscal policy is right. On the contrary, government expenditure is not structured well and the overall fiscal situation is benefiting enormously from extra factors such as low interest rates on national debt and the effect of bracket creep which raises income tax revenue by more than the increase of real income. Recent fiscal policies have also placed an emphasis on non-durable expenditures rather than investment spending, financial scope has been foregone, and there has been a failure to implement measures to increase potential economic growth. Instead, structural surpluses are being generated. The current policies do not appear to have supporting growth as their primary objective.

JEL: H3, H6, E6

Keywords: public finance, fiscal policy, outlook

Discussion Papers Nr. 1428

2014 | Pauline Givord, Céline Grislain-Letrémy, Helene Naegele



How Does Fuel Taxation Impact New Car Purchases? An Evaluation Using French Consumer-Level Data

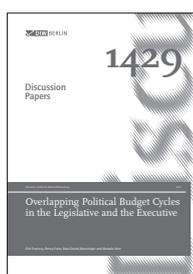
This study evaluates the impact of fuel prices on new car purchases, using exhaustive individual-level data of monthly registration of new private cars in France from 2003 to 2007. Detailed information on the car holder enables us to account for heterogeneous preferences across purchasers. We identify demand parameters through the large oil price fluctuations of this period. We find that the sensitivity of short-term demand with respect to fuel prices is generally low. Using these estimates, we assess the impact of a policy equalizing diesel and gasoline taxes. Such a policy would reduce the share of diesel in new cars purchases from 69% to 66% in the short-run, without substantially changing the average fuel consumption or CO₂ emission levels of new cars. Alternatively, a carbon tax would slightly decrease the CO₂ emission levels of new cars in the short-run (by 0.1%) without any significant impact on the share of diesel cars purchased.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 1429

2014 | Dirk Foremny, Ronny Freier, Marc-Daniel Moessinger, Mustafa Yeter



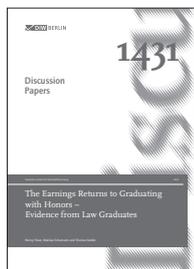
Overlapping Political Budget Cycles in the Legislative and the Executive

We advance the literature on political budget cycles by testing separately for cycles in expenditures for elections in the legislative and the executive. Using municipal data, we can separately identify these cycles and account for general year effects. For the executive branch, we show that it is important whether the incumbent re-runs. To account for the potential endogeneity associated with this decision, we apply a unique instrumental variables approach based on age and pension eligibility rules. We find sizable and significant effects in expenditures before council elections and before joint elections when the incumbent re-runs.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 1431
2014 | Ronny Freier, Mathias Schumann, Thomas Siedler



The Earnings Returns to Graduating with Honors: Evidence from Law Graduates

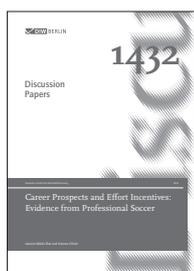
This paper studies the causal effects of graduating from university with an honors degree on subsequent earnings. While a rich body of literature has focused on estimating returns to human capital, few studies have analyzed returns at the very top of the education distribution. We highlight the importance of honors degrees for future labor market success in the context of German law graduates. Using a difference-in-differences research design combined with entropy balancing, we find that students of law who passed the state bar exam with an honors degree receive a significant earnings premium of about 14 percent. The results are robust to

various sensitivity analyses.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 1432
2014 | Jeanine Miklós-Thal, Hannes Ullrich



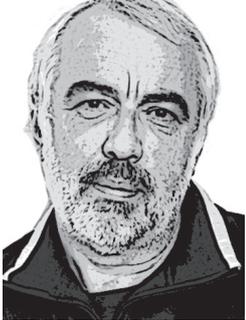
Career Prospects and Effort Incentives: Evidence from Professional Soccer

It is difficult to test the prediction that future career prospects create implicit effort incentives because researchers cannot randomly "assign" career prospects to economic agents. To overcome this challenge, we use data from professional soccer, where employees of the same club face different external career opportunities depending on their nationality. We test whether the career prospect of being selected to a Euro Cup national team affects players' pre-Cup performances, using nationals of countries that did not participate in the Euro Cup as a control group. We find that the Euro Cup career prospect has positive effects on the performances of

players with intermediate chances of being selected to their national team, but negative effects on the performances of players whose selection is very probable. Our findings have implications for the incentive effects of within-firm promotions and of external career opportunities.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere





Karl Brenke ist Wissenschaftlicher Referent im Vorstand des DIW Berlin. Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Frankreich und Italien: Arbeitsmarktreformen allein helfen kaum weiter

Der auf EU-Ebene beschlossene Fiskalpakt ist mittlerweile Makulatur, denn viele Länder halten sich nicht an die Höchstgrenzen für die staatliche Neuverschuldung. Insbesondere von Italien und Frankreich werden deshalb schon fast gebetsmühlenartig Reformen gefordert. Nicht zuletzt Deutschland tut sich dabei hervor. Es seien vor allem Arbeitsmarktreformen nötig, um so die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Ratgeber neigen gern dazu, sich selbst als leuchtendes Beispiel hinzustellen. Denn in der deutschen Politik ist die Meinung verbreitet, dass sich die Arbeitsmarktreformen hierzulande als segensreich erwiesen haben. Nachweisen lässt sich das allerdings nicht – allenfalls kann gezeigt werden, dass es zu einer Ausbreitung der Leiharbeit und des – oft schlecht bezahlten – Kleinstgewerbes kam. Mit einer Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit hat das eher nichts zu tun. Überdies sei den Ratgebern angeraten, einen Blick auf die Außenhandelsposition der kritisierten Länder zu werfen. Frankreich hat zwar ein Außenhandelsdefizit, aber nur ein kleines, das zudem zuletzt geschrumpft ist. Italien wies in den letzten Jahren sogar Außenhandelsüberschüsse auf – und zwar steigende.

Gleichwohl gibt es Probleme auf dem Arbeitsmarkt in Frankreich und Italien. Vor allem sticht eine extreme Segmentierung der Arbeitnehmerschaft ins Auge. Auf der einen Seite findet sich eine wachsende Zahl prekär Beschäftigter, die sich von Zeitvertrag zu Zeitvertrag hangeln müssen. Auf der anderen Seite stehen diejenigen Arbeitskräfte, die große Privilegien mit Blick auf die Arbeitsbedingungen, die Entlohnung und staatlich garantierte Rechte wie einen extrem starken Kündigungsschutz genießen. Eine solche „Arbeiteraristokratie“ (Karl Marx) gibt es vor allem in den gewerkschaftlich gut organisierten Branchen, also insbesondere in der Industrie.

Beispielsweise hat die französische Regierung mit einem im letzten Jahr beschlossenen Gesetz versucht, im Falle wirt-

schaftlicher Problem eines Unternehmens Möglichkeiten für Lohnkürzungen und betriebliche Umsetzungen von Arbeitnehmern zu schaffen. Im Gegenzug sind betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen. Nach dem deutschen Vorbild eines Bündnisses für Arbeit sollte die Reform von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften getragen werden. Allerdings wird sie von zwei der fünf großen französischen Gewerkschaften strikt abgelehnt. Überdies hakt die Reform deshalb, weil einzelne Arbeitnehmer gegen entsprechende betriebliche Maßnahmen klagen können, um dadurch immense Abfindungen zu erhalten.

Wenn dagegen in Deutschland Betriebe in Schwierigkeiten geraten, wird üblicherweise einvernehmlich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ein Ausweg aus der Krise gesucht. Dazu sind grundsätzlich keine speziellen Gesetze erforderlich, wengleich staatliche Regelungen wie die zur Kurzarbeit Anpassungsprozesse unterstützen können. Den Unterschied zu Frankreich und Italien machen andersartige industrielle Beziehungen aus. In Deutschland sind die Arbeitnehmer viel stärker in die wirtschaftlichen Belange der Unternehmen eingebunden – eine Folge der diversen Regelungen zur betrieblichen Mitbestimmung. Der auf diese Weise institutionalisierte Korporatismus zieht kooperatives Verhalten nach sich. Ein gutes Beispiel dafür ist die 35-Stunden-Woche. Denn im Zuge ihrer Einführung stimmten die Gewerkschaften einer Flexibilisierung der Arbeitszeit in Form von Arbeitszeitkonten zu, die in guten Zeiten aufgefüllt und bei schlechter Konjunktur verringert werden konnten. Erforderlich ist aber auch der Wille zur Kooperation. Anders als in Deutschland agieren in Italien und in Frankreich mehrere große, politisch ausgerichtete Gewerkschaften, die sich nicht selten mit ihren Forderungen überbieten, um dadurch Mitglieder zu gewinnen. Der Arbeitgeber gilt eher nicht als Tarifpartner, sondern als feindlicher Patron. Es geht also um Mentalitäten und somit um die Ausrichtung der industriellen Beziehungen. All das lässt sich nur auf längere Frist ändern.